

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe; Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Erscheint wöchentlich – Basel, den 2. Oktober 1948 – 48. Jahrgang – Nr. 40

Die genossenschaftliche Pressekonferenz in Prag

Ein entschiedenes Bekenntnis zur Meinungs- und Pressefreiheit

Prag - ist es nicht für viele zu einem Fragezeichen geworden? Es ist an politischer Entwicklung allein im Laufe dieses Jahres zuviel über diese Stadt hinweggegangen, als dass man nicht alles Verständnis für die starke Skepsis, der sie begegnet, haben müsste. Prag gehörte ja bis zum Kriege noch so sehr zum Westen. Jetzt ist es anders. Prag ist heute in jenem Bereich, den man im allgemeinen als hinter dem eisernen Vorhang liegend betrachtet. Wir sehen dies zwar nicht so recht ein. Wir befinden uns ja in diesem Moment in dieser umstrittenen Stadt, am Internationalen Genossenschaftskongress. Wir sehen sie in erster Linie zwar von aussen. Der Fremde darf sich frei bewegen. Er kann sprechen, wo und mit wem er will. Man begegnet ihm freundlich. In Prag lebt zweifellos noch etwas von dem Charme, von den geistigen Auswirkungen der alten, grossen Kultur, die es berühmt und in der ganzen Welt geachtet werden liess. Doch - und das ist vielleicht noch der tiefere Eindruck über Prag liegt ein ungeheurer Ernst, eine unvorstellbare Geschäftigkeit. Die Leute haben keine Zeit mehr zum Nichtstun. Offensichtlich fehlen die Fremden. Es fehlen weitgehend die vielen Leute, die im Dienste der Fremden standen. In den Wirtschaften gibt es sehr viele leere Tische. Dagegen herrscht ein ausserordentlich starkes Kommen und Gehen in den Automaten-Restaurants. Hier ist es billiger und ist man auch schnell bedient. — Prag muss sparen. Man sieht es an den stark abgenutzten Trams, an den Häuserfronten, für deren Ueberholung es höchste Zeit ist; man sieht es aber auch an den bescheidenen Konsumationen, die sich die Leute am Abend leisten, wenn sie eines der Vergnügungsetablissements aufsuchen, um hier einige Entspannung zu suchen. Sprechen wir nicht von den Kleidern, von der bescheidenen, im ganzen jedoch ausreichenden Nahrung. Der Mangel offenbart sich in so vielem. Auch auf den Gesichtern. Es ist ja ausgeschlossen, dass ein Volk, das die Naziherrschaft erlebt hat, das seither unaufhörlich zu Einschränkungen schwerster Art verurteilt war, so schnell zu der ursprünglichen Fröhlichkeit, wie sie früher allenthalben bestanden hat, zurückkehren kann.

Prag hat auch seine politischen Sorgen. Was gegangen ist, hat man in unseren Zeitungen gelesen. Es wäre unrichtig, zu sagen, dass man hievon nichts sehen würde. Da die grosse, mächtige frühere Privatbank, in der sich jetzt das Zentrum der Kommunistischen Partei befindet, dort die verstaatlichten Hotels, in denen man zum Teil glänzend aufgehoben ist.

Der politische Umsturz war es denn auch, der da und dort Bedenken wegen der Abhaltung des IGB-Kongresses in Prag, wie das am Zürcher Kongress im Jahre 1946 beschlossen worden war, aufkommen liess. Doch die seitens der tschechischen Genossenschafter gegebenen Zusicherungen, deren entschiedene Erwartung, dass der Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB) für die vorgesehene Zeit in Prag einzieht, schufen die Voraussetzungen für eine internationale Tagung, die fruchtbare Arbeit in voller Freiheit erwarten lässt. Und heute — d. h. im Laufe der ersten Woche, in der die verschiedenen Vorkonferenzen stattfinden — darf man gewiss feststellen, dass die Verhandlungen sich in einer recht befriedigenden Atmosphäre vollziehen können.

Wie nicht anders zu erwarten war, sind die östlichen Staaten stärker als sonst vertreten. Dies wird sich vor allem am eigentlichen Kongress zeigen. Doch kam schon an der

Pressekonferenz,

die die Vorkonferenzen einleitete, die Ideologie recht prononciert zum Ausdruck, die man in den Debatten zum Beispiel an der Genfer UNO-Konferenz über die Presse- und Informationsfreiheit gehört hat. Das Hauptreferat hielt Herr Thorsten Odhe, Direktor des IGB. Er sprach über die «Pressefreiheit und die Genossenschaftsbewegung». Die Gedankenfreiheit ist — so betonte der Referent — eine unbedingte Voraussetzung des Fortschrittes in allen Betätigungen der menschlichen Gesellschaft. Noch nicht überall in der Welt herrscht volle Informationsfreiheit. Leider macht die

Kommerzialisierung der Presse

immer weitere Fortschritte. Und besonders diese Abhängigkeit bedeutender Presseorgane von wirtschaftlich interessierten Kreisen, wie Banken, Industrien, Handelsunternehmen usw., ist es, die die Informationsfreiheit in Gefahr bringt. Aber die Pressefreiheit und das Recht, sich frei zu äussern, beschränken zu wollen, sei es durch ein System behördlicher Zensur oder die Nationalisierung der Presse, würde das Problem nicht lösen. Denn solche Regelungen würden auch die nichtkommerzialisierte Presse, wie die Organe von Parteien, demokratische Organisationen, Genossenschaften usw. treffen. Es ist zu hoffen, dass die Empfehlungen der Genfer Konferenz durch die Generalversammlung

der UNO angenommen werden. Es ist Aufgabe der freien Presse, alle Tendenzen zu bekämpfen, die die Informationsund Pressefreiheit bekämpfen.

Dort, wo die Presse- und Organisationsfreiheit unterdrückt wird, ist auch die genossenschaftliche Entwicklung gehemmt.

In weitgehendem Masse kann die Genossenschaftspresse dazu beitragen, die Pressefreiheit gegenüber der kommerzialisierten Presse aufrechtzuerhalten. Hiezu bedarf es jedoch auch ständiger Schulung und Orientierung seitens des IGB. Die Genossenschaftspresse sollte in noch vermehrtem Masse aus dem immer noch etwas beschränkten Interessenkreis, der oft allzusehr auf die unmittelbaren Aufgaben der Genossenschaftsorganisationen konzentriert ist, heraustreten und sich mit noch grösserer Entschiedenheit den allgemein menschlichen Zielsetzungen widmen. Eine internationale Schule für Genossenschaftsjournalisten könnte da von grossem Nutzen sein. Wenn sich die Schule selbst noch nicht realisieren liesse, so sind es vorläufig vielleicht besondere Kurse. Das wertvollste Hilfsmittel für die Realisierung der hohen Aufgaben der Genossenschaftspresse wird die Internationale Genossenschaftliche Presseagentur sein, wie sie von Herrn Barbier, Mitglied der Direktion des V. S. K., vorgeschlagen

So muss die Genossenschaftspresse zu einem immer bedeutsameren Mittel zur Verbreitung der Wahrheit, zur Förderung des menschlichen Fortschrittes und zur Verhinderung des Krieges werden.

Das mit reichem Beifall aufgenommene Referat wurde in der Diskussion von zahlreichen Votanten warm unterstützt. Es waren 16 Länder mit 32 Delegierten vertreten. Den Vorsitz führte Chefredaktor Moravec vom Zentralrat der tschechischen Genossenschaften. Es ergriffen das Wort Vertreter Schwedens, Indiens, Englands, Polens, der Tschechoslowakei und der Schweiz. Wiederholt wurde die Notwendigkeit der Schaffung der Internationalen Presseagentur betont. Gegenüber der Kritik an der vollen Pressefreiheit betonte ein italienischer Delegierter:

«Jawohl, es ist gefährlich, die Freiheit für die Presse zu haben. Aber es ist noch viel gefährlicher, keine Pressefreiheit zu haben.»

Verschiedene Votanten wünschten den entschiedenen Ausbau der derzeitigen Presseabteilung des IGB. Aus dem Munde des Vorsitzenden erfuhr man, dass in der Tschechoslowakei keine Privatperson Inhaber eines Presseorgans sein kann. Dies ist nur Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen usw. erlaubt. Es ist notwendig — so wurde betont — dass die Presse die Interessen der Oeffentlichkeit vertritt, und deshalb muss sie dem Machtbereich einer einzigen Person oder auch weniger entzogen sein.

Am Schluss nahm die Pressekonferenz noch eine Reihe Empfehlungen zur Weiterleitung an das Zentralkomitee des IGB an. So sollen sich die Genossenschaftsjournalisten einsetzen im Kampf gegen den Rassen- und Religionshass, gegen alles, was den Frieden gefährdet. Auch wird die Aufmerksamkeit des Zentralkomitees auf die möglichst baldige Errichtung einer Internationalen Presseagentur gerichtet; die Prüfung dieser Frage ist schon jetzt einem Komitee anvertraut. Besonders beachtenswert ist, dass die ganze Konferenz, ohne dass sich irgendwelche Opposition erhob, die Zustimmung zu den Ausführungen von Direktor Odhe beschloss. So nahm die Konferenz auf Antrag von Herrn Direktor Barbier folgenden Passus in die Empfehlungen auf:

«Die genossenschaftliche Pressekonferenz, die am 20. September 1948 in Prag stattfand, stimmte dem von Herrn Thorsten Odhe, Direktor des IGB, vorgelegten Bericht über die Pressefreiheit und die Genossenschaftsbewegung warm zu. Sie erklärt sich mit dem Referenten einig, dass die Gedankenfreiheit ohne die Möglichkeit, sich frei zu äussern, nur einen symbolischen Wert hat, und dass das Recht, sich eine eigene Meinung zu bilden, eine unbedingt notwendige Garantie für das Wirken der Demokratie ist.»

Es ist zu erwarten, dass an dem sich anschliessenden Genossenschaftskongress die nicht zu verbergenden Meinungsverschiedenheiten lebhaft zum Ausdruck kommen werden. was auch nicht weiter erstaunen muss. Sehr schön hat es auch wieder ein italienischer Delegierter in etwa folgender Weise zum Ausdruck gebracht: «Wir sind entschiedene Anhänger des Privateigentums, aber wir wollen, dass es im Dienste der Allgemeinheit steht. Deshalb fassen wir es auf freiwilliger Basis in Genossenschaften zusammen und stellen es in den Dienst des Ganzen, wodurch wir den Profit des einzelnen ausschalten.» Das ist etwas anderes als vom Staate gelenkte Wirtschaft, es ist Wirtschaft von unten, Wirtschaft in verantwortlicher Mitarbeit des einzelnen, Freiheit der Person zum Nutzen des Ganzen. Wo solche Kraft international zusammengefasst wird und wirkt, da werden wir dem wahren Endziel genossenschaftlichen Schaffens rasch entgegeneilen.

Bewegter Frauenkongress

Gemeinsame Friedensresolution

Auch die Genossenschaftsfrauen hatten ihren Kongress in Prag. 150 Delegierte aus 15 Ländern waren anwesend. Frau Egli, die Präsidentin unseres KFS und jetzt neugewählte Präsidentin der Internationalen genossenschaftlichen Frauengilde — die Schweizer Bewegung gratuliert ihr hiezu herzlich — hatte keine leichte Aufgabe. Die von verschiedenen Delegationen der Oststaaten zu scharf gezogenen Schnittlinien zwischen Ost und West ging eben auch durch diesen Saal. Ein recht bewegtes Hin und Her gab der Präsidentin allerhand Probleme auf. Sie griff aber mit sehr beachtenswerter Energie ein, soweit es notwendig war, und führte das Schiff trotz der hohen Wogen, auf die es hie und da getrieben wurde, sicher zum Ziele.

Eine kleine Sensation bereiteten schon am Anfang die Russinnen, die eine Teilnahme ablehnten, obwohl sie nach Prag gekommen waren. Sie hatten gehofft und verlangt, dass die Statutenrevision jetzt diskutiert werde, was jedoch vom Zentralausschuss abgelehnt werden musste, da eine Diskussion dieser Frage im jetzigen Stadium der Vorbereitungen noch verfrüht war. Die starken polnischen und tschechischen Delegationen, wie auch ein Teil der aktiven italienischen Delegation sorgten jedoch dafür, dass die Absenz der Russinnen in manchen Punkten ausgeglichen wurde. Wiederum— wie wir das schon am Zürcher Kongress im Jahre 1946 feststellen konnten— hat sich die parlamentarische Disziplin der englischen Frauen bewährt. Knapp, klar, formell eindeutig und durchdrungen von einem echten Bedürfnis nach Verständigung haben sie sich an der Diskussion beteiligt. Ihre sachliche, aber im Wesentlichen doch sehr energische Haltung hat dazu beigetragen, den Frauenkongress zu einem

gewiss nicht unbefriedigenden Ende zu führen. Dies um so mehr, als die Referate von Etti Widhe (Schweden) über die «Wege zur internationalen genossenschaftlichen Erziehung» und von Fernande Heymann-Coulon (Belgien) über «die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Hausfrau» sehr wertvolle Arbeiten darstellen, die viel praktische Anregung enthalten und nachhaltiges Studium verdienen.

Den Geist der Konferenz suchte schon Frau Egli in ihrer Eröffnungsansprache auf eine möglichst stabile gemeinsame Basis zu bringen. Sie gab der Hoffnung Ausdruck, dass die

Konferenz dazu beitragen könne, dass das

Bewusstsein gemeinsamer Interessen der Menschheit schliesslich den Sieg über ideologische Gegensätze und Widerstände

davontrage. Für die Genossenschafterinnen sei der «endliche Sieg» die Erringung des Friedens mit Hilfe der Genossenschaft.

Eine hochverdiente Ehrung wurde

Emmy Freundlich

zuteil, die nach einem Leben der Hingabe für die Genossenschaftssache im März dieses Jahres gestorben ist. Frau Freundlich war bis zu ihrem Tode Präsidentin der Frauengilde und hat durch ihre unermüdliche Pionierarbeit sehr viel zum Aufbau der Gilde beigetragen. Aus der Ansprache von Frau Freundlich am Zürcher Frauenkongress im Jahre 1946 wählte Frau Egli noch einige besonders markante Stellen und liess sie jetzt in Prag zu ihren Zuhörerinnen sprechen.

Der Annahme des Zweijahresberichtes an der zweitägigen Konserenz solgte die Diskussion über die beiden Reserate, die beide mit der Annahme einer gemeinsamen Stellungnahme abgeschlossen wurden. Die erste allerdings nur mit einer Mehrheit von 119:57. Die Minderheit setzte sich aus den tschechischen, polnischen und italienischen (exkl. deren katholischer Teil) Delegierten zusammen. Sie stimmten nicht aus sachlicher Gegnerschaft gegen die Schlussfolgerungen des Reserates, sondern aus Protest, dass ein von ihnen unterstützter Zusatzantrag nicht mehr zur Abstimmung gebracht wurde, was mit dem gleichen Stimmenverhältnis beschlossen worden war.

Die Schlussfolgerungen zum Referat von Etti Widhe lauten:

Internationale genossenschaftliche Erziehung ist ein lebenswichtiger Bestandteil des genossenschaftlichen Wiederausbauprogramms in der ganzen Welt. Um die genossenschaftliche Heranbildung der Mitgliedschaft so reich und fruchtbar wie möglich zu gestalten, machen wir solgende Anregungen:

1. Die genossenschaftliche Erziehungsarbeit unter den Kindern und der heranwachsenden Jugend soll so erweitert werden, dass diese Gruppen sich als Genossenschafter fühlen, bevor sie in den Kreis der erwach-

senen Konsumenten eintreten.

2. Die Genossenschaftsangestellten aller Stufen sollen über die genossenschaftlichen Ideale und die genossenschaftliche Stellungnahme orientiert werden; sie sollen diese in ihrer täglichen Arbeit verwirklichen, was in der Entwicklung der Genossenschaftstätigkeit zum Ausdruck kommen wird.

3. Die Frauen sollen in vermehrtem Masse zur verantwortlichen Mitarbeit in der Bewegung herangezogen

werden.

4. In Uebereinstimmung mit den Genossenschaftsprinzipien soll eine aktive Propaganda entfaltet werden, um den Frauen überall die gleichen Möglichkeiten zur Ausübung ihrer Mitgliedschaft wie der Männer zu geben. 5. Alle Einrichtungen, die wie die Presse, Bücherverlage, der Film, das Radio, die Erziehungsarbeit innerhalb der Gilden, die Vereine und Studienzirkel, das internationale Genossenschaftswesen fördern können, sollen ausgebaut werden, um den Notwendigkeiten des Tages zu entsprechen und eine wahrhafte internationale Zusammenarbeit auf genossenschaftlicher Basis aufzubauen.

In der einstimmig angenommenen

Friedensresolution

wird zuerst bedauert, dass die Nationen, die unlängst kämpften, um den Faschismus zu vernichten, sich heute so wenig zusammenfinden. Weiter wird betont, dass die Genossenschafterinnen sich verhürgen, dafür zu arbeiten, dass

1. die Regierungen die übernommenen Pflichten für die Förderung des Wohlstandes der Völker pünktlich er-

füllen;

2. die Gleichberechtigung aller Völker ohne Rücksicht auf die Rasse, Farbe oder Religion erreicht wird und die Einmischung in die Angelegenheiten der andern Völker aushört;

3. die Alombombe als Walfe abgelehnt und die Atomenergie kontrolliert wird, und dass man diese nur zum

Wohle der ganzen Welt benützt:

 man den demokratischen Einfluss in den Vereinigten Nationen geltend macht, um die Wissenschaft nur zum Guten und πicht zur Vernichtung der Menschheit zu benützen.

Eine italienische Delegierte übergab der Präsidentin einige Unterschriften aus der umfassenden Unterschriftensammlung für den Frieden, die in Italien durchgeführt wurde und von über zwei Millionen Unterschriften von Frauen unterstützt wurde. Auch durften die Schweizer Genossenschafterinnen von neuem vernehmen, wie dankbar die italienischen Frauen für die ihnen seinerzeit von der Schweiz gestifteten Nähmaschinen sind.

Den Schluss bildeten herzliche Dankesbezeugungen an die Gastgeberinnen und ein von der britischen Delegation angestimmter Gesang — nach englischem Brauch — der die ganze Versammlung zu einem Hand in Hand aller brachte und so zu einem wirklichen Friedensbild führte.

Wir könnten uns vorstellen, dass solche Frauenkongresse noch erfolgreicher gestaltet werden könnten, wenn sie in stärkerem Masse nach der *praktischen Seite* der Frauentätigkeit ausgebaut würden. Ausstellungen, praktische Demonstrationen über das, was im gastgebenden Lande geschieht, könnten zweifellos die Früchte aus dem Besuche solcher Veranstaltungen noch mehren. Genossenschaftliche Frauenarbeit ist dort am erfolgreichsten, wo sie sich im täglichen praktischen Dienst bewährt. Und gerade in dieser Richtung könnten auch die internationalen genossenschaftlichen Frauenkongresse sicher noch wertvoll ergänzt und bereichert werden.

Aber auch von dieser Tagung wird die Schweizer Delegation mit der bestärkten, gewiss fruchtbringenden Ueberzeugung zurückkehren, dass die von unserer genossenschaftlichen Frauenbewegung geleistete Arbeit von grosser Bedeutung ist und noch stark ausgebaut werden muss. Sie wird die Kraft erfühlt haben, die in dem entschlossenen, gemeinsamen, aktiven Vorgehen mancher anderen Bewegung liegt. Was bei der und jener Delegation dirigiert, allzu einheitlich auf eine einzige Linie gebracht erscheint, muss dort zu umsomehr blühendem Leben erwachen, wo Freiheit und Selbstverantwortung ein weites Feld zu nützlicher Betätigung haben.

6 Millionen Franken aus der Verdienstersatzordnung für das Gewerbe

Bei der Ueberführung der Lohn- und Verdienstersatzordnung an die AHV wurde ein grösserer Betrag aus dem
Fonds der Lohn- und Verdienstersatzordnung ausgeschieden
für verschiedene Zwecke. Neben dem AHV-Fonds und dem
Fonds für die Weiterführung des Lohnersatzes für Militärpflichtige wurde die Landwirtschaft und das Gewerbe mit
einem Betrag bedacht. Der Nationalrat hat nun am 22. September die bundesrätliche Vorlage für die Verteilung der
Mittel an das Gewerbe behandelt. Es ist ein Betrag von
sechs Millionen ausgeschieden worden, dessen Zinsertrag
jährlich verschiedenen Institutionen des Gewerbes zufliesst.

Bei dieser Gelegenheit hat Nationalrat Dr. Max Weber den Standpunkt der Genossenschaften vertreten. Wir gehen seine Ausführungen im folgenden auszugsweise bekannt:

Ich bin grundsätzlich einverstanden mit der zur Behandlung stehenden Vorlage. Es ist so, dass diese Mittel seinerzeit bestimmt wurden für gewerbliche Hilfseinrichtungen und dass jetzt nur die nähere Verteilung beschlossen werden muss. Es sind in der Vorlage vier Zwecke vorgeschen: erstens eine dauernde Subventionierung der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften; zweitens eine dauernde Subventionierung der beruflichen Weiterbildung; drittens eine Subventionierung des schweizerischen Institutes für gewerbliche Wirtschaft; viertens eine Subventionierung der Abteilung für Betriebswirtschaft und Statistik des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Ich begrüsse in erster Linie den ersten Zweck. Ich glaube, dass die Hilfe an die Bürgschaftsgenossenschaften vor allem dem Zwecke dient, die Selbsthilfeorganisationen des Gewerbes zu stärken. Dabei gehe ich von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, dass diese Bürgschaftsgenossenschaften allen Gewerberteibenden zugänglich sind, dass alle in gleicher Weise behandelt werden, ob sie Mitglied dieses Verbandes oder eines anderen Verbandes oder auch keines Verbandes sind. Das wurde uns auch zugesichert.

Die gleiche Voraussetzung mache ich bei Punkt 2, bei der beruflichen Ausbildung. Auch hier nehme ich an, dass diese Mittel allen unter gleichen Bedingungen zugute kommen können. Ich möchte die Bemerkung unseres Kullegen Schmid unterstützen, dass auch für den Handel dasselbe gilt. Diese Mittel sind ja schliesslich zusammengebracht worden von allen Kreisen und sollen wieder entsprechend verwendet werden.

Der dritte Punkt, das Forschungsinstitut für gewerbliche Wirtschaft, soll der wissenschaftlichen Erforschung des Gewerbes dienen. Auch diesem Zweck kann ich zustimmen in der Annahme, dass die Unabhängigkeit dieser Institution gewährleistet ist. Man hat uns versichert, dass neben einer starken Vertretung des Schweizerischen Gewerbeverbandes, der auch gewisse Mittel hierfür aufbringt, die Handelshochschule St. Gallen und die öffentliche Hand im Gremium vertreten ist, das die Aufsicht über das Institut ausübt. Wir nehmen an, dass dieses Institut unabhängig arbeitet, nicht im Dienste einer Organisation. Wir dürfen das übrigens auch annehmen in Kenntnis der Personen, die in diesem Institut arbeiten.

Noch einige Bemerkungen zum vierten Zweck, der Subventionierung der Abteilung für Betriebswirtschaft und Statistik des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Ich gebe zu, dass eine solche Institution eine nützliche Funktion für das Gewerbe ausüben kann. Ich möchte immerhin bemerken, dass es sich hier um eine Verbandsinstitution handelt. Der Gewerbeverband ist nicht die einzige Organisation im Sektor Gewerbe. Es gibt andere Organisationen — ich meine Gewerbe jetzt im weitesten Sinne des Wortes — die man evtl. auch hätte bedenken können. Ich habe in der Kommission schon darauf hingewiesen, dass es im Gewerbe Produktionsgenossenschaften gibt, die heute eine ziemliche Bedeutung erlangt haben, dass diese Produktionsgenossenschaften auch einen Verband haben, der ebenfalls ähnliche Funktionen ausübt, indem er versucht, die betriebswirtschaftliche Bildung dieser Kreise zu verbessern und sie zur geregelten Buchführung zu erziehen, indem er einen Erfahrungsaustausch durch-

führt und anderes mehr, also ganz das, was die Abteilung für Betriebswirtschaft und Statistik tut. Man hätte also auch daran denken können, dieser Institution etwas zuzuwenden. Ich darf auch erwähnen, dass die Konsumgenossenschaften einen Verband haben, der die gleichen Funktionen ausübt für die Konsumgenossenschaften. Ich möchte allerdings rundweg erklären, dass wir keinen Anspruch auf Subventionen erheben. Wir haben noch nie eine Subvention vom Staate verlangt und wollen auch jetzt keine verlangen.

Auf eines möchte ich aber hinweisen. Der Schweizerische Gewerbeverband führt in seiner Presse seit mindestens zwei Jahren eine ganz scharfe und erbitterte Kampagne gegen die Genossenschaften, eine Pressekampagne, die meines Erachtens zum Uebelsten gehört, was wir in unserem Lande schon erlebt haben. Nun, das ist eine Sache für sich; wir überlassen es ganz dem Geschmack und dem Charakter des Gewerbeverbandes, wie weit er hier gehen will. Aber auf eines legen wir immerhin Wert; dass diese Kampagne nicht irgendwie gefördert wird durch Institutionen, die Mittel verteilt erhalten durch die öffentliche Hand. Da muss ich erwähnen, dass diese Abteilung für Betriebswirtschaft und Statistik des schweizerischen Gewerbeverhandes sich bisher vor allem auch beschäftigt hat mit Fragen der Finanzpolitik, mit der Steuerpolitik des Staates und namentlich mit der Besteuerung der Genossenschaften. Und es ist nachgewiesen worden, dass solche Bemühungen auch zur Subventionierung beim Bunde angemeldet worden sind. Es hat sich also dann die merkwürdige Tatsache ergeben, dass Eingaben, die gegen den Bundesrat gerichtet waren, weil eine andere Art der Finanzpolitik vorgeschlagen wurde, beim Staate zur Subventionierung angemeldet wurden, oder dass Gutachten über die Genossenschaftsbewegung, die dazu dienten, die Genossenschaften zu bekämpfen, beim Bunde zur Subventionierung angemeldet wurden.

Ich möchte hier vor allem erklären, dass eine derartige Verwendung der Mittel nicht in Frage kommen kann. Man hat uns in der Kommission zugesichert, es werde eine Kontrolle durch das Biga oder durch die Finanzkontrolle geführt werden; die Verwendung dieser Mittel werde überprüft werden. Ich möchte wünschen, dass diese Abteilungen getrennt geführt werden, wie das beispielsweise heim Schweizerischen Bauernverband der Fall ist, wo die Abteilung für die Rentabilitätsberechnungen getrennt besteht und nicht verquickt wird mit den wirtschaftspolitischen Interessenvertretungen des Bauernverbandes.

Der Gewerbeverband mag seinen Kampf gegen die Genossenschaften weiterführen, wenn er das für gut findet. Wir haben dadurch nur Auftrieb erfahren und können also nicht einmal sagen, dass sie uns geschadet hätte. Aber wir möchten nicht nachher den Vorwurf erheben müssen, dass Mittel, die durch die öffentliche Hand verteilt werden, für solche Zwecke verwendet werden. Unter diesem Vorbehalt möchte ich also auch in der Zweckbestimmung keine Opposition machen.

Eigentlich hätte ich cher erwartet, dass der Schweizerische Gewerbeverband stolz auf eine derartige Zuwendung verziehten würde, weil es ihm als einem wirtschaftlich starken Verband ohne weiteres möglich wäre, selber die notwendigen Mittel aufzubringen, und vor allem weil er je und je gegen die Subventionierung Stellung genommen hat. Ich habe unlängst in der «Schweiz. Gewerbe-Zeitung» gelesen:

«Die ständige Uehermarchung im Sektor der Subventionen gefährdet aber nicht nur durch die laufenden Budgetdefizite und die zunehmende Verschuldung die gesamte Wirtschaft unseres Landes, sie stellt nicht nur durch eine sich ständig vergrössernde Intervention ein gefährliches Instrument der kalten Sozialisierung dar, sondern zerstört allmählich auch den gesamten Aufbau unseres Bundesstaates, da die Gewährung von immer grösseren und zahlreicheren Subventionen an die Kantone und ihre Wirtschaftsgebilde die staatsrechtliche Stellung der Stände in der Eidgenossenschaft tiefgreifend umgestaltet.»

Aber wir können auch das ruhig dem Gewerbeverband überlassen. Wenn er sich auf den Weg der kalten Sozialisierung begeben will, ist das seine Sache.

Aufwürtz mit 0000

Reines Weiss mit CO OP Waschpulver

Die bedeutende Qualitätsverbesserung mit Hilfe des Sprühturmes

Alle Eigenschaften, die eine Hausfrau von einem guten Waschmittel erwartet, sind beim CO-OP Waschpulver vereinigt: leichte Löslichkeit des Pulvers, angenehmer Geruch der Waschlauge, gutes Schaumvermögen und vor allem tadellose Reinigungskraft bei gleichzeitig grösster Schonung der Wäsche. Die im CO-OP Waschpulver enthaltene Seife wird nur aus erlesenen, hochwertigen Ölen und Fetten hergestellt. Neben der hochwertigen Seife und neben andern wertvollen Chemikalien enthält es eine wohldosierte Menge an aktivem Sauerstoff, CO-OP Waschpulver löst und entfernt daher nicht nur mühelos jeden Schmutz, sondern der beim Kochen der Waschlauge sich entwickelnde Sauerstoff bleicht zugleich die Wäsche. Dies alles erklärt das reine Weiss der mit CO-OP Waschpulver gewaschenen Wäsche. Zudem bleibt die regelmässig mit diesem Produkt gewaschene Wäsche länger neu, da es die Faser schont.

Die Fabrikation des CO-OP Waschpulvers geschieht nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen im sogenannten Sprühturm. Mit Pumpen wird der heisse Waschpulverbrei, bestehend aus Seife, Soda, Wasserglas und andern Chemikalien auf die Zerstäuberscheibe gebracht. Diese Scheibe steht in der Mitte des Turmes und rotiert mit einer Geschwindigkeit von ca. 7000 Touren in der Minute. Sie schleudert die flüssige Waschpulvermasse durch Düsen in den Turmraum. Starke, von unten zugeführte Luftströme zerreissen die einzelnen Strahlen zu ganz kleinen Tröpfchen, die sofort erstarren. Das fertige Waschpulver fällt auf den Boden des Turmes, wo es durch rotierende Arme weggeschafft wird. Mit dieser Anlage ist es möglich, ein poröses, das heisst sehr gut lösliches, lockeres Pulver herzustellen.

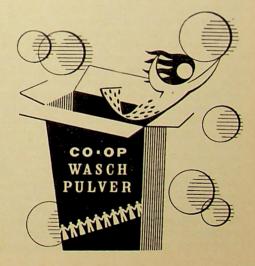
Der ganze Fabrikationsvorgang wird aufs genaueste überwacht; die Rohmaterialien werden im chemischen Laboratorium auf Reinheit und Eignung geprüft. Durch diese genauen Kontrollen ist es möglich, CO-OP Waschpulver immer in der gleich guten Qualität herzustellen. Die Hausfrau hat daher beim Einkauf dieses Produktes die Gewähr, stets ein hochwertiges Erzeugnis zu erhalten.

Um die beste Wirkung beim Waschpulver zu erreichen, ist folgende Waschvorschrift zu beachten:

Am Vorabend: Wäsche in CO-OP Bleichsodalauge einweichen.

Am Waschtag: Eingeweichte Wäsche spülen, stark schmutzige Stellen mit CO-OP Seife herauswaschen. Die so vorbehandelte Wäsche wird mit einer Waschlauge aus CO-OP Waschpulver gekocht. Am Schluss die Wäsche gut spülen, zuerst mit enthärtetem warmem, dann mehrmals mit kaltem Wasser.

Feine Wäsche aus Seide, Wolle usw. oder farbunechte Sachen in CO-OP Seifenflocken oder in Miranda waschen.



Die von oben herab dirigierte "Genossenschaft"

Wenn man den mannigfachen Publikationen der Migros Glauben schenken will, so bilden sich ihre Herren nicht wenig darauf ein, dass die frühere AG, in eine «Genossenschaft» umgewandelt wurde und jetzt den Mitgliedern «gehört». In unserer Bewegung kam ja nie ein Zweifel darüber auf, dass sich durch diese Umwandlung nicht viel geändert hat. Denn nach wie vor ist nicht das Mitglied der bestimmende Faktor, sondern die zentrale Verwaltung, die recht autoritär ihres Amtes walten kann und selbstverständlich den Intentionen des eigentlichen Migrosleiters zu folgen hat. Die Mitglieder können zwar in Urabstimmungen mit Zweidrittel-Mehrheit zum Beispiel die Statuten abändern. Aber auch dort, wo nur einfache Mehrheiten erforderlich sind, erscheint es ausgeschlossen, dass die Mitglieder je zur einigermassen aktiven Ausübung ihrer Rechte gelangen können. Das für so grosse Genossenschaften wichtigste Organ, die eigentliche Mitgliedervertretung, der Genossenschaftsrat, resp. die Delegiertenversammlung, bleibt auf seine Hauptfunktion als Berater beschränkt. So sind die Mitglieder praktisch ausgeschaltet. Diese kommen ja nicht einmal in einer Generalversammlung zur Diskussion des Jahresberichtes zusammen. Sie haben zwar die Möglichkeit, zu einem ihnen schriftlich vorgelegten, sehr kurzen Bericht schriftlich Ja oder Nein zu sagen. Offenbar hat selbst in den Kreisen der Migros-Genossenschaften diese in sehr wesentlichen Fragen fast vollständige Ausschaltung der einzelnen Mitglieder Missfallen und Ablehnung erregt. Es wurde deshalb der ernsthafte Vorstoss unternommen, den Vertretern der Mitglieder über ihr bescheidenes Recht, Ratschläge zu erteilen, hinaus die Möglichkeit zur effektiven Mitbestimmung zu schaffen - ein Verlangen, das doch zu den primitivsten Voraussetzungen demokratischer Organisation gehört. Heute ist der Genossenschaftsrat einer Migros-Genossenschaft eine - wie es so schön in der «Tat», dem Organ der Migros, heisst -

«von der Verwaltung freiwillig geschaffene Institution».

Mit vollem Recht wird es von Genossenschaftsmitgliedern abgelehnt, so von der Verwaltung Gnaden zu leben. Deshalb ging vom Präsidenten des Migros-Genossenschaftsrates Bern die Anregung aus, die Kompetenzen der Genossenschaftsräte jenen einer legislativen Behörde anzugleichen. Welches Schicksal dieser Vorstoss erfuhr, vernehmen wir aus der «Tat», wo aus den Verhandlungen des Genossenschaftsrates der Migros-Zürich und dessen Diskussion über den Berner Antrag u. a. berichtet wird (Hervorhebungen von uns):

«Die Versammlung äusserte den Wunsch, in erster Linie den Standpunkt der Zürcher Verwaltung zu vernehmen, um auf Grund dieser Ausführungen Stellung beziehen zu können. Der Genossenschaftsrat figurierte seit Gründung der Genossenschaft bis heute als konsultatives Organ und als von der Verwaltung freiwillig geschaffene Institution, welche sich darauf beschränkt, zu beraten und Anträge zu stellen. Eine Erweiterung seiner Kompetenzen ginge zwangsläufig auf das Konto des Kompetenzbereiches bei Verwaltung oder Generalversammlung. Besonderen Schwierigkeiten würde sie dort begegnen, wo es einer Statutenänderung bedarf, und eine solche ist nur mit zwei Dritteln aller Stimmberechtigten der Urabstimmung möglich. Die Erfahrung bei allen Genossenschaften hat gezeigt, dass diese Stimmbeteiligung praktisch niemals zustande kommt. Etwas anderes wäre es, wenn die Verwaltung gewisse Befugnisse an den Genossenschaftsrat abgeben würde in einem Ausmass, das keine Statutenrevision verlangt. Die Verwaltung der Migros-Zürich erklärte sich bereit, dem allfälligen Wunsche nach vermehrter aktiver Beteiligung des Genossenschaftsrates entgegenzukommen, wie sie auch schon bisher beispielsweise hinsichtlich der Auskunfterteilung und die bestehenden Reglemente und Statuten hinaus zuvorkommend war.

Von seiten der Verwaltung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Detailvorschläge grösstenteils nicht als tragbar erscheinen können, und dass sie die Gefahr in sich bergen, die Beweglichkeit und Schlagkraft der Verwaltung zu hemmen. Insbesondere ein Grund zur Statutenänderung liege kaum vor. Grundsätzlich wäre die Verwaltung damit einverstanden, dass der Rat direkte Anträge an die Urabstimmung stellen kann, desgleichen mit der Einberufung von Mitgliederversammlungen durch den Genossenschaftsrat, doch würde sich die juristische Frage stellen, ob diese beiden Erweiterungen ohne Urabstimmung möglich wären. Ablehnend stand die Verwaltung den meisten weiteren Vorschlägen gegenüber, deren Realisierung ein weitgehendes Mitspracherecht des Rates in den internen Belangen des Geschäftsbetriebes gebracht hätte. So z. B. bei Entscheidungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik, der Liegenschaftenerwerbung, des Rechenschaftsberichtes, Fragen des Personalgebietes, der Fürsorge, der Wohlfahrt, der kulturellen Aufgaben usw. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass gerade die Migros darauf angewiesen ist, gewisse Aktionen im engeren Kreise vorzubereiten, um sie nicht zum vornherein zu gefährden.

Im Verlaufe der Debatte äusserten sich die verschiedenen Sprecherinnen und Sprecher grösstenteils dahingehend, dass eine Kompetenzerweiterung für den Genossenschaftsrat gar nicht erwünscht sei, habe doch die Verwaltung bis heute ihre Geschäfte zur vollsten Zufriedenheit erledigt und gerade durch das Ausmass ihrer Kompetenzen eine schwungvolle und elastische Arbeitsweise an den Tag legen können. Von verschiedenen Seiten wurde es lebhaft begrüsst, dass sich der Charakter der Migros-Genossenschaft eben durch die Initiative und nicht durch umständliche Instanzenwege auszeichne. Der Genossenschaftsrat wolle sich keineswegs von seinen Verantwortungen entbinden, aber er lehne es ab, das bisher so erfolgreiche System durch übertriebene Ansprüche zu komplizieren. Zum Schluss der Diskussion standen sich zwei Anträge gegenüber: der eine ging dahin, keine Aenderungen an den bisherigen Verhältnissen vorzunehmen, während der zweite den Plan entwarf, die bisher bereits geübte Praxis zwischen Verwaltung und Genossenschaftsrat reglementarisch zu verankern. Die Versammlung entschied sich mit 54 gegen 35 Stimmen zugunsten des ersten Antrages. Nach diesem Entscheid empfahl G. Duttweiler der Versammlung, sie möge ihr Büro damit beauftragen, in nächster Zeit die Frage zu studieren, wie das Antragsrecht des Rates, das schon bisher praktisch bestand, ins Reglement aufzunehmen

Der Standpunkt der Verwaltung obsiegte. Der Genossenschaftsrat, der doch die Mitgliedschaft vertritt und für sie berät und die Verantwortung tragen sollte, bleibt ausgeschaltet bei Entscheiden über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik, der Erwerbung von Liegenschaften, des Rechenschaftsberichtes, des Personals, der Fürsorge, der Wohlfahrt, bei kulturellen Aufgaben «usw.» - wie in der «Tat» diese vielsagende Aufzählung abgekürzt wird. «Usw.» - heisst nichts anderes, als dass der Migros-Genossenschaftsrat überhaupt nichts zu entscheiden hat, dass das Mitglied ausgeschaltet bleibt, dass es wohl in Urabstimmungen zu Worte kommen kann, in denen jedoch die Verwaltung den gesamten Beeinflussungsapparat zur Verfügung hat, während die Mitglieder trotz der auch ihnen eingeräumten Publikationsmöglichkeit zweifellos auch in diesem Punkte im Nachteil sind.

Es ist sehr verständlich, dass Menschen, die den Lockungen der Migros verfielen und sich im Glauben wiegten, eine Mitverantwortung in einer richtigen Genossenschaft zu übernehmen, sehr enttäuscht sind und ihre Rechtlosigkeit wenigstens nachträglich zu korrigieren suchen. Sie werden erkennen müssen, dass sie damit nicht weit kommen und deshalb

die Migros-«Genossenschaft» trotz der geschenkten und sonstigen Anteilscheine praktisch eine AG geblieben ist — eine zwar alte Feststellung, die durch die jüngste Diskussion im Migros-Genossenschaftsrat nur wieder neu bestätigt ist.

Raumplanung und Städtebau

Der Wiederaufbau der deutschen Stadt mit Hilfe der genossenschaftlichen Organisation

(Korr.) 1. Ein weites Feld für die genossenschaftliche Organisation eröffnet sich auf dem Gebiet der städtebaulichen Planung, insbesondere der Neugestaltung zerstörter Stadtteile, um grössere Wohnblockquartiere gemeinschaftlich aufzuschliessen, gemeinschaftlich aufzubauen und nach baugenossenschaftlichen Grundsätzen zu vermieten. Hier lassen sich im Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zeitgebotene zweckmässige Konstruktionsmethoden und Arbeitsweisen anwenden, um städtebauliche Probleme zur Neugestaltung zerstörter Stadtteile zu lösen, weil nur im Wege der öffentlich-rechtlichen Zusammenlegung von Ruinengrundstücken auch etwa in der Planung liegende verschont gebliebene Terrains erfasst werden können. Auf diese Weise wird die Genossenschaft das gegebene, jedenfalls ein wichtiges Mittel zur Durchführung der Aufgaben der Städtebauer; denn die genossenschaftliche Zusammenfassung der räumlich zusammenliegenden Ruinengrundstücke unter Einschluss der intakt gebliebenen Baulichkeiten, deren Eigentümer von dieser Zusammenlegungsgenossenschaft miterfasst werden müssen, schafft die Möglichkeit, ganze Stadtquartiere zu selbständigen Organismen zusammenzusassen, um auf der nunmehr gewonnenen tabula rasa alle die Pläne und Aufgaben durchzuführen, die die zukünftige städtebauliche Struktur dieser Stadtviertel beherrschen soll.

2. Bei der Frage des Aufbaues der zerstörten Städte spielt die Art der Regie — ob Privatunternehmung oder öffentliche Hand - eine besondere Rolle. Es haben sich Stimmen erhoben, den Wiederaufbau in die öffentliche Hand zu legen, sei es nun als staatliche oder kommunale Regie, weil die Schuttbeseitigungsaktion und die Generalplanung für den Wiederaufbau eine Angelegenheit der öffentlichen Interessen sei. Zugegeben, dass dies richtig ist, so bleibt immer noch fraglich, ob die öffentliche Hand auch als Bauherr der geeignete Träger für die Durchführung der einzelnen Bauwerke ist, ob es sich nicht vielmehr empfiehlt, der privaten Initiative die Möglichkeit zu bieten, sich hier erfolgreich zu hetätigen. Natürlich kann nur eine solche Stelle für die Uebernahme der zahlreichen Bauvorhaben in Betracht kommen, die hinsichtlich Qualität und Preiswürdigkeit konkurrenzieren kann, der kein Privileg zugestanden werden und die keine monopolistische Tendenz entwickeln darf. Deutschlands zukünftiger Lebensstandard verträgt nur billige Mieten. Die Regie des Bauens hat sich daher hinsichtlich der Baukostenkalkulation auf die sogenannte tragbare Miete einzurichten. Hier könnte man daran denken, die Bauarbeiten pauschaliter und wohnblockmässig einer Bauproduktivgenossenschaft zu übertragen. Wie alle Genossenschaftswirtschaft ist auch der soziale Baubetrieb so ausgerichtet, dass er eben neben einer angemessenen Entlöhnung aller am sozialen Baugewerbe beteiligten Arbeitskräfte nur einen bescheidenen Nutzen zieht. Es ist anzunehmen, dass nach dem Muster der im Schweizer Verband sozialer Baubetriebe zusammengeschlossenen Produktionsgenossenschaften auch in Deutschland eine «Bauhüttenbewegung» neu ersteht, im Wettbewerb mit den übrigen Gliedern der Bauwirtschaft, der privaten und kommunalen. Dabei wird auch den beteiligten Baugewerken selbst gedient, indem der genossenschaftliche Zusammenschluss sämtlicher am Bauunternehmen tätigen Handwerker unter Einbeziehung von Architekten und Baumaterialienhändlern es ermöglicht, an grössere Bauprojekte heran-

zukommen und die Instandsetzungsarbeiten an den von ihnen erstellten Objekten durchzuführen, um so auch in flauen Konjunkturperioden laufend Beschäftigung zu finden. Der Schlüssel für das Ingangsetzen des wohnungswirtschaftlichen Wiederaufbaues liegt bei der Baustofferzeugung. Hier muss die genossenschaftliche Initiative einsetzen, um die gemeinnützigen Baugenossenschaften, welche bisher die erstellten Wohnungen nur verwalteten, nunmehr zu Trägern der Bauerstellung, sogar zu einem solchen der Produktion der Baustoffe selbst zu erheben. Es gibt bereits Baustoffzentralgesellschaften, die die Gewähr einer echten, gemeinnützigen Produktion zugunsten des Wiederaufbaues und der Neuerstellung baugenossenschaftlichen Wohnraumes in Aussicht stellen. In Nürnberg besteht die baugewerbliche Verwertungsgenossenschaft, eine Gründung des bayrischen Bauhandwerks, die zum Gegenstand hat: den Betrieb von Anlagen zur Trümmeraufbereitung und Trümmerverwertung, den Betrieb einer Kraftfahrzeug-Fahrgemeinschaft im Bauhandwerk (zum Zwecke der genossenschaftlich am rationellsten möglichen Ausnutzung des Transportparkes), die Bildung von Bau-Arbeitsgemeinschaften. Daneben hat sich diese Genossenschaft aber auch Aufgaben organisatorischer und planender Art zum Ziele gesetzt: die Gestaltung des zukünftigen Boden- und Baurechts, neuzeitliche Bauweisen und die Mitwirkung bei ihrer praktischen Durchführung in Grossbaustellen sowie die Verwendung von Ersatzbaustoffen.

Verband sozialer Baubetriebe

Am 25. und 26. September fand in Genf die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Schweiz. Verbandes sozialer Baubetriebe (VSB) statt, die von 105 Vertretern der 35 angeschlossenen Produktivgenossenschaften beschickt war. Die Mitglieder des VSB setzen sich vor allem aus Arbeiterproduktivgenossenschaften zusammen, die im Baugewerbe tätig sind. Für das Jahr 1947 wird ein Umsatz der angeschlossenen Genossenschaften von rund 21.5 Millionen Franken ausgewiesen, während die Zahl der Beschäftigten 1445 betrug.

A. Vogt vom Bauwerk Winterthur, dem die Leitung des Verbandes überbunden ist, konnte unter anderen auch als Vertreter des Kantons Genf Staatsrat *Treina* willkommen heissen, der seine Freude über die Entwicklung der Arbeiterproduktivgenossenschaften in den letzten Jahren zum Ausdruck brachte. Tatsächlich ist die Versiebenfachung des Umsatzes seit dem Jahre 1933 eine Leistung, die den leitenden Organen der einzelnen Genossenschaften zur Ehre gereicht.

Nationalrat Dr. Max Weber, der im Jahre 1932 die Gründung des Verbandes angeregt hatte und auch heute noch dem Zentralvorstand des VSB angehört, wies in seinem Referat über «Die Lage der Wirtschaft und deren Folgerungen für die Produktivgenossenschaften des Baugewerbes» darauf hin, dass mit einem Beschäftigungsrückgang auch im Baugewerbe zu rechnen ist, und ermahnte die Vertreter der Produktivgenossenschaften zu sorgfältigster Geschäftsführung.

Bericht und Rechnung über das Jahr 1947 wurden einstimmig genehmigt und als neues Mitglied des Zentralverbandes Martin, Lausanne, gewählt. Als förderndes Mitglied des VBS, dem auch der V.S.K. und die Genossenschaftliche Zentralbank angeschlossen sind, wurde neu die Coop-Lebensversicherungsgenossenschaft aufgenommen.

Derartige Tagungen haben ihre Bedeutung nicht nur deshalb, weil an ihnen die Jahresgeschäfte des Verbandes abgewickelt werden, sondern vor allem auch, weil sie die Kontaktnahme der führenden Leute der einzelnen Produktivgenossenschaften ermöglichen. Von dieser Gelegenheit wurde dann auch am Sonntag, der die Teilnehmer zu einer herrlichen Fahrt auf den Salève vereinte, ausgiebig Gebrauch gemacht, so dass auch die diesjährige Generalversammlung als voller Erfolg gebucht werden darf.

Möchte der VSB und die ihm angeschlossenen Arbeiterproduktivgenossenschaften auch dann sich weiter entwickeln, wenn die zurzeit noch herrschende Konjunktur abflauen sollte. Möchte er in der Lage sein, den Gedanken der Genossenschaft auf einem an sich recht schwierigen Gebiete zu fördern und zu vertiefen und so den Beweis erbringen, dass genossenschaftliche Wirtschaft möglich ist auch im Gewerbe und in der Industrie.

H. E. M.

Modeschau im Kaufhaus Cardinal

An zwei Nachmittagen und Abenden der vergangenen Woche führte das Kaufhaus Cardinal des ACV beider Basel seine diesjährige Modeschau durch, die wiederum in Basler Genossenschaftskreisen grosse Beachtung gefunden hat.

Besonders angenehm fiel an dieser Modeschau auf, dass man sich bewusst an einen schlichten, wahrhaft genossenschaftlichen Rahmen hielt und darauf verzichtete, extravagant sein zu wollen.

Mit Freude bemerkte man unter den «Mannequins» — zumeist Verkäuferinnen des Kaufhauses Cardinal — eine ältere Dame, die geschmackvolle Kleider und Mäntel für jedes Portemonnaie vorführte.

Schlicht, einfach, aber geschmackvoll und preiswürdig mag als Devise des Kaufhauses Cardinal gelten, und sie kam bei diesen Vorführungen zu schönstem Ausdruck.

Der «New Look» scheint sich bereits etwas auf dem Rückzug zu befinden, und was man an Kleidern und Mänteln zu sehen bekam, machte bereits wieder einen weit normaleren Eindruck, als das noch vor kurzem der Fall war.

Für die prächtigen Dekorationen, die den an sich schönen Festsaal des Casino Basel in eine angenehme Atmosphäre tauchten, zeichnete verantwortlich die Abteilung Dekoration des genossenschaftlichen Kaufhauses.

Die vier Anlässe dürfen insgesamt als wohlgelungen bezeichnet werden, und man möchte nur wünschen, dass in der Folge die Mitglieder des ACV beider Basel sich bei ihren Einkäufen stets der Leistungsfähigkeit des eigenen Unternehmens auch in Sachen Mode bewusst bleiben.

Die Konsumgenossenschaften in der Sowjetzone

Von den Konsumgenossenschaften in der deutschen Ostzone wird eine «jähe Aufwärtsentwicklung» berichtet, die nicht nur auf die «bewährten Genössenschaftstraditionen von vor 1933» zurückzuführen ist, «sondern ihre Ursachen in der einseitig zu ihren Gunsten geführten Wirtschaftspolitik hat, die in ihrer Ausrichtung von den Zielen der Besetzungsmacht bestimmt wird».

So lesen wir in einem uns zugekommenen Bericht. Bezüglich der sequestrierten und zu entnazifizierenden Betriebe bestehen von der Sowjetischen Militär-Verwaltung (SMA) erlassene strenge Vorschriften, auch enthält die Zulassungsgesetzgebung für Handwerksbetriebe und Handelsunternehmungen nicht minder strenge Sperrvorschriften. Die Handhabung dieser Gesetzgebung und Anordnungen durch die sowjetischen Besetzungs- und Zonenverwaltungsorgane ist eisern, und die meisten der Unzulänglichkeiten und direkten Versager auf dem Gebiete der industriellen und Bedarfsgüterproduktion wie die Kreislaufstörungen der ostdeutschen Volkswirtschaft überhaupt werden auf diese Schema-Erlasse und ihre enge und starke Auslegung durch die Militärorgane plus Verantwortungsscheu jeder untergeordneten Dienststelle zurückgeführt.

Die Konsumgenossenschaften haben in allen diesen Hinsichten und der Behandlung durch die Besetzungsmacht überhaupt eine Bevorzugung erfahren. Was vom Hitlerregime seinen grossen Kumpanen und kleinen Trabanten an Objekten aus der ausserordentlichen Masse der GEG-Produktionsbetriebe bis hinab zur Warenverteilungsstelle (Konsum-

laden) zugeschoben und verbrecherisch verschleudert worden ist als sogenanntes Entgelt für die «Opfer» und «Entbehrungen» angeblicher «Kampfjahre», das ist mit einem unkomplizierten Nachweisverfahren, also ohne viel juristisches Federlesen anzustellen, den sich meldenden und durch überprüfbare Angaben halbwegs oder stichhaltig ausgewiesenen überlebenden Genossenschaftern überantwortet worden. Die Konsumverteilerstellen «schiessen seit 1945 wie Pilze nach einem Regen aus der Erde»; gegenüber 1932 hat ihre Zahl sich schon verdoppelt; «am 30. September 1947 konsten 7011 Konsumverteilerstellen in der Sowjetbesetzungszone gezählt werden».

Als ein weiterer Begünstigungsfaktor wird die bevorzugte Warenzuteilung an die Konsumgenossenschaften erwähnt. Zuerst beschränkte diese begünstigte Warenzuteilung sich auf den gewerblichen Sektor. Neben dem Grosshandel erhielten die Konsumgenossenschaften durchschnittlich 40 % gewerblicher Waren zugewiesen, was schon ein starker Anreiz für die Bevölkerung war, den Konsumgenossenschaften als Mitglieder beizutreten. Ab 1. Januar 1948 ist die Warenzuteilung dann auf alle Lebens- und Genussmittel ausgedehnt worden, und es erhalten, wie es im vorliegenden Bericht heisst, «die Konsumgenossenschaften auch an allen Lebensmitteln Globalkontingente zugewiesen». Bis zum Jahre 1952 ist das Nichtmitgliedergeschäft für beide Arten, die gewerblichen und die Lebens- und Genussmittelwaren, zugelassen; allein «die an die Mitgliedschaft gebundene Verteilung von unbewirtschafteten Mangelwaren (Kerzen, Backpulver. Scheuertücher usw.) wird die Verbraucher allmählich zum Beitritt in die Konsumgenossenschaften zwingen». Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften in der deutschen Ostzone 1,7 Millionen: eine gegenüber 1932 um 82 % vergrösserte Mitgliedschaft.

Der Befehl 234 der SMA betrifft die «Sicherstellung der werktätigen Bevölkerung in der Ernährung und der Versorgung mit gewerblichen Erzeugnissen». Mit Erlass dieses Befehls «wurde dem Konsum das Monopol bei der Versorgung der Bedarssträgergruppe I (Reparations- und besonders versorgungswichtige Betriebe) übertragen, bei der Bedarfsträgergruppe II (sonstige Industriebetriebe) eine entscheidende Vorrangstellung eingeräumt. Das gleiche gilt für die Durchführung der Werksküchenverpflegung für diese Berufstätigen.» Weitere Beispiele für die Uebertragung wichtiger Verteilungsaufgaben an die Konsumgenossenschaften in der Sowjetzone sind: das alleinige Verteilungsrecht für bestimmte Prämienwaren, beispielsweise für Milchablieferungen, für Oelsaaten und Tabakanbau. Im Ernährungssektor verfügen die Konsumgenossenschaften neben den Erfasserfirmen über das «Ankaufsrecht für die freie Spitzen», während im gewerblichen Sektor die «Altstoffaktion», das Einsammeln von Lumpen gegen Fertigware, «in erster Linie in ihren Händen» lag. «Bei der organisatorischen Neuregelung der Volkskontrollausschüsse im Herbst 1947 wurde festgelegt, dass sämtliche verheimlichten Warenbestände in den Betrieben und Privathaushalten, die von diesen Ausschüssen aufgedeckt wurden, über die Konsumgenossenschaften den Verbrauchern zugeführt werden sollen.»

Eine jüngste Meldung spricht noch von dem Versuch der Sowjetbesetzungsmacht, die Konsumgenossenschaften als machtpolitisches Instrument in den Ost-West-Auseinandersetzungen zu missbrauchen: «Die russischen Bezirkskommandaturen sind an die Konsumgenossenschaften der Ostsektoren Berlins mit der Anfrage herangetreten, ob sie bereit und technisch dazu in der Lage wären, die gesamte Grossverteilung der Lebensmittel für die Bevölkerung des Ostsektors zu übernehmen. Diese tendenziöse Absicht stösst in weiten Kreisen der Konsummitglieder auf scharfen Widerstand. Die Grossverteilung der Lebensmittel für die gesamte Bevölkerung stehe im Gegensatz zu dem genossenschaftlichen Gedanken, lautete die Begründung für die Absage an die Russen.»

Auf Du und Du mit Thren Waren!

Was rauchen Sie?

(Fortsetzung)

Meier. «Toscani dolci», das würde also etwa der Stumpenklasse C entsprechen.

Der Verkäufer. Hm, was soll ich sagen? Es ist so eine Sache mit dieser Bezeichnungspraxis. C bedeutet ja eben einfach «clair». Und BC heisst «brunclair» und B «brun». Aber mit der helleren oder dunkleren Farbe des Deckblattes ist gar nicht zugleich etwas Verbindliches über die Stärke eines Stumpens gesagt. Es gibt von Hause aus helle Blätter, die erheblich stärker sind als dunklere. Die Farbe ist ja zu einem beträchtlichen Teil das Ergebnis der Aufbereitungsmethode. Und übrigens kann man je nach der Tagesstunde, in der man erntet, von ein und derselben Staude helle oder dunkle Blätter einbringen. Der Stärkegehalt der Blätter nämlich verändert sich mit dem Wandel von Tag und Nacht. Des Tages häuft sich unter der Einwirkung des Lichtes im Zellengewebe ein manchmal sehr grosser Vorrat an Stärke an. Und wenn eine recht warme Nacht folgt, wirken im Organismus des Blattes Stoffe - ich habe sie vorhin Enzyme genannt -, die den Stärkevorrat aufzehren, «verdauen» kann man auch sagen. Bis zum Morgen ist nach einer solchen Nacht keine Stärke mehr im Blatt. Bricht man dann ein Blatt, so bricht man ein helles Blatt, denn stärkearme Blätter sind hell und stärkereiche dunkel.

Müller. So sagen denn eigentlich die Farbbezeichnungen im Zigarrenhandel gar nicht viel.

Der Verkäufer. Nun, sie sind eben etwas alt Herkömmliches und Bequemes, jedenfalls ein Verständigungsmittel in Schönheitsfragen. Wenn mir ein Kunde schreibt: «claro», dann kann ich ihm nicht eine dunkle Zigarre schicken, die die Nuance «maduro» hat. Und wenn mir ein Lieferant offeriert: «colorado», eine Zigarre von mittlerem Braun, «colorado maduro». ein etwas helleres Blatt, oder «colorado claro». Ware von noch lichterem

Ton, so weiss ich mit der konventionellen Bezeichnung von vorneherein Bescheid.

Meier. Welche Tabaksorten kommen denn für unsere Stumpenindustrie hauptsächlich in Frage?

Der Verkäufer. Die Einlage und das Umblatt sind oft eine recht vielfältige Mischung, bei der, je nach dem Fabrikationsprogramm und der Preisgestaltung eines Unternehmens, fünf, sechs verschiedene Sorten vereinigt werden können. Das Deckblatt ist bei besseren Qualitäten gar nicht selten ein Havanna-, Sumatra- oder Javatabak. Man arbeitet aber auch mit derberen Dekkern aus Nord- und Südamerika.

Müller. Rio Grande und Kentucky! Der Verkäufer. Ja. ja. ganz würzige Deckblätter, die aber die Untugend haben, dass sie sich zuweilen abrollen können, wenn man sie am verkehrten Ende anzündet.

Meier. Was heisst das: am verkehrten Ende?

Müller. Am Ende, wo das Blatt mit spitzem Winkel ausläuft. Dieses steckt man bei solchen Stumpen in den Mund.

Meier. Ach, Sie können mir vielleicht auch sagen, woher es rührt, wenn ein Stumpen hohl brennt.

Müller. Daran kann der Wickelmacher oder die Wickelmacherin schuld sein. Eine Zigarre zieht nicht gut, oder sie brennt zu rasch oder einseitig ab, wenn sie nicht mit Sorgfalt gewickelt worden ist. Man kann für solche Fehler allerdings nicht immer diese Leute verantwortlich machen. Manchmal liegt es auch am Material. Hohlbrenner zum Beispiel können entstehen, wenn bei der Zusammenstellung einer Mischung nicht genügend auf die Uebereinstimmung der Glimmfähigkeit von Einlage, Umblatt und Deckblatt geachtet worden ist.

Der Verkäufer. Nun ja, so etwas mag zuweilen vorkommen. Fehlerhafte Ware ist aber auf unserem Markt eine Seltenheit, und es gibt Schweizer Zigarren von hervorragender Machenschaft.

Meier. Gestatten Sie bei dieser Gelegenheit die Frage: Was für eine Bewandtnis hat es eigentlich mit den sogenannten «Fehlfarben»?

Der Verkäufer (holt eine besondere Packung vom Gestell herunter). Sehen Sie, das ist eine Partie Fehlfarben. Suchen Sie sich aus, was Ihnen am besten gefällt, und dann nehmen Sie zum Vergleich das selbe in erster Sortierung mit. Sie werden im Rauchen kaum einen Unterschied entdecken. Aber zum Ansehen ist natürlich beides nicht das gleiche. Das da zum Beispiel ist wirklich ein unansehnliches Stück. so richtig gescheckt. Und auch dieses hier fällt aus dem regelmässigen Ton heraus. Und an dem da hat der Zigarrenmacher nicht ein einzelnes Stück Deckblatt verarbeitet, sondern zwei kleinere Stücke zusammengefügt. Doch das sind alles im Grunde belanglose Mängel, blosse Schönheitsfehler, Folgen von unvermeidlichen Anwandlungen der schaffenden Natur oder kleine, unbedeutende Unregelmässigkeiten während der Aufbereitung. Die Güte der Zigarre hat darunter nicht gelitten. Aber Sie zahlen dafür einen merklich niedrigeren Preis.

Jetzt noch das mit besonderer Sorgfalt gewählte Deckblatt, und bald wird der fertige Co-op Stumpen Inhalt einer frohen, genussvollen Stunde sein.





Für die PRAXIS



Reklamationen im Laden (Schluss)

Es ist wohl ratsam, so zu arbeiten und sich der Wünsche und Gewohnheiten der Mitglieder so anzunehmen, dass zu Beanstandungen gar kein Anlass gegeben wird. Aber wenn schon eine Reklamation entgegengenommen werden muss, dann wird sich die geschulte Verkäuferin, die junge wie die erfahrene, jedesmal wieder neu bewusst werden, dass ihr Verhalten entscheidend ist.

Lassen Sie sich durch das ganze Gespräch hindurch vom Gedanken leiten, dass es nun an Ihnen (und nur an Ihnen) liegt, entweder das Mitglied durch voreiliges Disputieren oder durch hartnäckige Rechthaberei zu verärgern und vielleicht für einige Zeit zu vertreiben, mit Ihrer Interesselosigkeit, durch schablonenhafte («abschüttelnde») Redensarten aus einem vorher angenehmen Mitglied eine misstrauische «Nörglerin» zu machen («Nörgler» werden meistens gemacht!) — oder aber ihm eben in diesem kritischen Moment recht offensichtlich zu beweisen, dass es uns wert ist und dass es uns gar nicht gleichgültig ist, ob gerade dieses Mitglied mit uns und unserer Ware zufrieden ist oder nicht. Ich weiss: diese Art der Erledigung braucht Zeit; aber es ist produktive Arbeit, die Sie dann leisten!

Darf ich Ihnen bei dieser Gelegenheit noch sagen, dass Sätze wie «Mir wän sicher alli Mitglieder rächt bediene» oder «Mir wän sicher nit, ass eis vo unsere Mitglieder nit zfriede-n-isch» oder «Mir tüen Si sicher so guet bediene wie irgend e-n-ander Mitglied» (also verallgemeinernde Sätze) weniger wirksam sind als ganz persönliche Zusicherungen, z. B. «Es isch is sehr dragläge, dass Si mit is zfride sin, Frau...» oder «Mir wotte nit, dass Si enttüscht wäre, Frau...» oder «Mir tüen sicher alles, was mr könne, für Si guet z'bediene. Frau...»

Thre Selbstbeherrschung und Ihr vorbedachtes Reden, Ihre Geduld und Ihre klugen Ueberlegungen, Ihr warmes Verständnis für das reklamierende Mitglied werden reichlich belohnt sein, wenn das Mitglied gerade durch diese Diskussion Vertrauen zu Ihnen fasst und eigentlich erst jetzt so recht überzeugt wurde, dass es eine gern gesehene Käuferin

ist -- und vielleicht sogar erst jetzt deutlich empfindet, was es heisst. Mitglied und nicht bloss Kunde zu sein.

Selbst wenn wir im Moment einen kleinen Verlust einstecken müssen — dieser Verlust wird unbedeutend sein, wenn wir ihn vergleichen mit dem Verlust des Mitglieds überhaupt.

Mit diesen und den vorangegangenen Ausführungen wollte ich Ihnen deutlich machen: Nicht nur beim Einkauf, beim Bestellen, bei der Kalkulation, nicht nur in der Reichhaltigkeit und Promptheit der Warenvermittlung, in der Sauberkeit und Ordentlichkeit im Laden — sondern auch bei der Behandlung von Reklamationen erweist sich die gute (oder schlechte!) Ladenführung.

Und bei der Behandlung von Reklamationen tritt auch — wie nirgends sonst — die Schulung, die Bildung und noch viel mehr der persönliche Charakter der Verkäuferin hervor — und der gebildete Charakter der Verkäuferin ist es, der die Achtung und die Sympathie der Mitglieder weckt und den Kontakt schafft, der das Bedienen im Laden zur tagtäglichen Freude werden lässt — sogar über Reklamationen hinweg!

Was der Tintenstift anrichten kann

Wie Lanzen ragen die scharf gespitzten Bleistifte aus der Brusttasche vieler Büroangestellten, jederzeit bereit, ihre farbige Spur auf Formularen und in Büchern zu hinterlassen. Diese Gewohnheit zeugt von Ordnungssinn und Pedanterie, ist aber nicht ganz ungefährlich, denn durch eine kleine, unvorsichtige Bewegung bohrt sich manchmal eine Bleistiftspitze in die Haut des Handtellers oder Fingers. Damit ist der Auftakt zu langwierigen Eiterungen getan, wenn es sich um eine sogenannte Tintenstiftverletzung handelt, die manchmal den ganzen Arm und, wenn die Vergiftung besonders unglücklich verläuft, sogar das Leben kosten kann.

Für die Herstellung von Tintenstiften werden wasserlösliche Teerfarben verwendet, die, in grösseren Stückehen unter die Haut gebracht, schwere Zerstörungen bewirken können, wie man aus dem reichen Aktenmaterial «der Hauptstelle für Unfallverhütung» ersehen kann. Da liegt ein Fall, in dem schon zehn Stunden nach der Verletzung eine Gewebezerstörung von der Grösse eines Zehnrappenstückes aufgetreten ist. Sie war aber damit noch nicht zum Stillstand gekommen, sondern griff bald auch auf die Beugesehne des Daumens über.

Tintenstiftverletzungen verlangen eine sofortige ärztliche Behandlung; nur durch eine gründliche Ausschneidung kann dem zerstörenden Krankheitsprozess Einhalt geboten werden. Noch gefährlicher wird aber die Sache, wenn man sich mit allerlei Salben und Pflastern helfen zu können glaubt und dann unter zunehmenden Schmerzen die ersten Anzeichen einer beginnenden Blutvergiftung im verletzten Gebiet beobachten muss.

Entstehung der schwarzen Flecken in den galvanischen Artikeln

* Zink ist als stark elektropositives Metall ein sehr reaktionsfähiges Element, was bedeutet, dass es mit andern Stoffen sehr gerne Verbindungen eingeht. So löst es sich z. B. in Säuren unter der Bildung der entsprechenden Salze oder in Alkalien unter Bildung von Zinkaten auf. Auch im Wasser ist Zink mehr oder weniger löslich, speziell in Regenwasser, was sich dadurch erklären lässt, dass darin stark korrosionswirkende Stoffe enthalten sein können. Die Löslichkeit nimmt mit steigender Temperatur zu. Die Reaktionsfähigkeit des Zinks steigert sich auch, wenn das Metall mit andern Metallen z. B. mit Eisen, Blei, Aluminium in Kontakt steht, das heisst nicht chemisch rein ist. In der Kälte an trockener Luft wird Zink kaum angegriffen, an feuchter Luft oxydiert es unter Bildung einer festhastenden Schicht von basischem Carbonat (mausgraue Schicht), die es vor weiteren Angriffen schützt. Mit Seifenlösung bildet sich Zinkseife, welche wasserunlöslich ist.

Dieses chemisch bedingte Verhalten wirkt sich in der Praxis mehr oder weniger günstig aus. Aus dem Gesagten lässt sich schliessen, dass eine frisch verzinkte Oberfläche gegen chemische Einflüsse empfindlich ist, während bereits oxydierte verzinkte Oberflächen weitgehend immuner sind. dank der festhaftenden, schwer löslichen Oxydhaut, welche eine schützende Oberfläche bildet; auch die Zinkseife weist diese günstige Eigenschaft auf, da sie wasserunlöslich ist.

Es ist deshalb empsehlenswert, verzinkte Waschgeschirre vor dem ersten Gebrauch mit einer Seisenlauge in Verbindung zu bringen.

Dadurch bildet sich der schützende Zinkseisensilm, welcher dann auch eine weitere Zinkseisenbildung während dem Gebrauch und damit ein Beschmutzen der Wäsche verhindert.

Fleckenbildungen an den Geschirren sind im allgemeinen nur sehr oberflächlich, so dass diese mit einem Scheuermittel oder mit Stahlwolle schnell entfernt werden können. Die Zinkschicht ist dann immer nech stark genus

Zinkschicht ist dann immer noch stark genug.

Die Fleckenschichten (Korrosion) erscheinen in vielen Fällen sehr dick, so dass man glauben könnte, der ganze Zinküberzug sei aufgelöst, was aber nachgewiesenermassen in den meisten Fällen nicht zutrifft. Vielmehr kommt die chemische Verbindung unter Volumenvermehrung zustande, was die starke Korrosionsschicht bewirkt.

Die Mitarbeiter zweckentsprechend einführen

Es ist nicht gleich, ob der neue Mitarbeiter eines Tages einfach von einem Lehrling oder einer Sekretärin an den neuen Arbeitsplatz geführt wird, oder ob sich der Chef persönlich bemüht.

Die Leistung eines Mitarbeiters hängt viel von der richtigen Einführung ab. Man bringe gegenüber jedem neuen Mitarbeiter die Freude seines Eintrittes zum Ausdruck und hoffe auf eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit.

Der erste Kontakt mit den leitenden Herren und den Mitarbeitern der neuen Abteilung soll durch persönliche Vorstellung erfolgen. Die Leute sind sich dadurch schon nach kurzer Zeit nicht mehr völlig fremd. Die bisherigen Mitarbeiter brauchen sich dann nicht «hinter dem Rücken» darüber zu befragen, wer wohl der «Neuling» sei und was er zu tun habe.

Der neue Mitarbeiter lernt seinerseits seine Mitarbeitenden mit dem Namen kennen und erfährt auch ihr Aufgabengebiet.

Das erscheint vielleicht manchem Leser als Selbstverständlichkeit, ist es aber leider noch lange nicht.

Dem «Neuling» ist bei seinem Eintritt auch manches fremd, was den übrigen so selbstverständlich erscheint, dass sie gar nicht an eine Nennung denken. Es empfiehlt sich daher, von einem neuen Mitarbeiter einmal alle jene Fragen aufschreiben lassen, auf die er sich in den ersten Wochen Antworten wünscht.

Daraus kann ein Merkblatt — es kann auch ein gefälliges Büchlein werden — entstehen, das vielleicht den Titel «Fra-

gen suchen Antworten» trägt.

Die richtige Einführung verschafft dem neuen Mitarbeiter jenen Ueberblick, den er sich sonst vielleicht während Wochen aus kleinen Stückehen nur unvollständig zusammenbauen muss. Die Leistung wird sich dadurch viel schneller vollumfänglich auswirken können.

Neue Erfahrungen im amerikanischen Fleischverkauf

* Die amerikanischen Selbstbedienungsläden mit Fleischwarenabteilung, die auch mehrere Filialen an verschiedenen Orten im Betrieb haben, bevorzugen — wie im « Progressive Grocer » ausgeführt wird — die zentralisierte Zerteilung und Verpackung der Fleischwaren. Nach der Praxis wird durch diese zentralisierten Methoden nicht nur der Abfall vermindert, sondern dank der besseren technischen Apparate und der kleinen Zahl von Arbeitskräften kann auch ein grösserer Erfolg erzielt werden.

Ein grosses Selbstbedienungsunternehmen in Nord-Dakota, welches zwei städtische und drei mehr ländliche Läden im Betrieb hält, besorgt von einem Zentralfleischlager aus die Filialen. Zwei Fleischhauer tranchieren hier die verschiedenen Arten von Frischfleisch, und acht Arbeiterinnen helfen bei der Zerteilung und Verpackung. Sie arbeiten zusammen 416 Stunden wöchentlich. Dank der so organisierten Arbeit wurden die Regiekosten von den vormaligen 10 bis 15 % auf 6 % reduziert.

Es werden wöchentlich 11 830 Pfund Fleisch verarbeitet, vorgepackt und für die fünf Filialen abgeliefert. Die städtischen Filialen erhalten jeden Tag Lieferungen, die ländlichen, die 50 bis 70 Meilen entfernt sind, je nach Bedarf in Bahn-Kühlwagen wenigstens dreimal in einer Woche.

Nur 2 % wird als Rest zurückgeschickt.

Die Zentral-Fleischabteilung ist mit den modernsten Maschinen eingerichtet (elektrische Fleischsäge usw.), die für einen kleineren Betrieb zu teuer wären. Da die Arbeiter in dieser Zentralabteilung fortwährend beschäftigt sind, ist auch die Leistungskapazität völlig ausgenützt. Die zwei Arbeiter mit den acht weiblichen Hilfen leisten so viel, wie unter anderen Umständen in kleineren Betrieben zehn Facharbeiter.

Es ist aber auch sehr wichtig — betonen die amerikanischen Fachleute — im einzelnen Laden immer mit schön dekorierter, geschmackvoller Ausstellung der verschiedenen Fleischwaren die Sympathie und Kauflust des Publikums zu erwerben. Ohne schöne Auslagen wird eine Metzgerei in Amerika kaum existieren können. Die amerikanischen Hausfrauen kaufen mit den Augen, sie wollen zuerst die Waren anschauen. Leere Platten und Reste in den Kühlschränken werden den Käufer nur abschrecken.

Ein vorsichtiger Kaufmann kann auch den Umsatz des schwachen Wochenanfanges erhöhen, in welchem die Leute gewöhnlich weniger Fleisch kaufen. An diesen drei Tagen (von Montag bis Mittwoch) veranstaltet der erfahrene Metzger einen «Sonderverkauf» von Tagesspezialitäten — auch mit verbilligten Preisen. Diese Preisreduktion wird sich reich lohnen durch den steigenden Umsatz.



Ich werde heim zur Multer gehen, wenn du aus meinen frischgebackenen Biskuits noch einmal einen Felsengarten machst. (The Progressive Grocer)

LIEBE EHEMALIGE

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR, STIFTUNG

Schon am letzten Ehemaligentag und seither verschiedentlich wieder hörte ich von Schwierigkeiten vorgesetzter Verkäuferinnen ihren Lehrtöchtern und jungen Verkäuferinnen gegenüber. Mme. Obrist hat Ihnen in zwei Briefen bereits die praktischen Ratschläge gegeben, und zwar von der Seite der Lehrtochter her wie von der Seite der Vorgesetzten; ich beschränke mich darum auf eine allgemeine Betrachtung.

Wenn man nur oberflächlich auf dieses Problem hinschaute, dann könnte man triumphieren: Also ist es doch so, dass die heutigen Jungen schlechter sind als die letzte Generation! Wenn man aber genau hinsieht und aus Distanz beobachtet, dann erkennt man, dass sie in ihrer Gesamtheit nicht schlechter sind, unsere heutigen Jungen — wohl aber anders.

Der Hauptunterschied erscheint mir der, dass unsere heutigen Durchschnitts-Lehrtöchter viel schneller bereitstehen mit Forderungen, und von der Erfüllung ihrer Forderungen machen sie dann abhängig, ob sie etwas leisten wollen oder nicht. Sie denken wohl: umgekehrt sei auch gefahren. Aber wir dürfen sie deswegen nicht verurteilen: Die Zeit war (und ist zum Teil immer noch) dieser Mentalität günstig und lässt sie deshalb dem unbeschwert in den Tag hineinlebenden jungen Menschen auch als richtig erscheinen.

Diejenigen, die jetzt Vorgesetzte sind, wurden eben schon vor dem Krieg erzogen, standen zum Teil damals schon im Berufsleben. Es mag weniger am damaligen «besseren Charakter der Jungen» liegen als an der damaligen Krisenzeit, die sie dazu zwang, erst einmal etwas Rechtes zu leisten und dann erst zu fordern. Selbstverständlich werden auch die Eltern von den herrschenden Zeitverhältnissen beeinflusst, und es ist ein entscheidender Unterschied, ob es zuhause sorgenvoll tönt: «Du muesch mache-n-ass de-n-öppis chasch!» oder ob leichten Mutes gesagt wird: «Jo hützetag kriegt jo jedes e Stell.»

Euch Vorgesetzten in der Praxis geht es wie den Lehrern an den Berufsschulen: Unsere heutigen Verhältnisse auf den verschiedensten Berufsgebieten (nicht nur im Verkäuferinnenberuf) haben unsere Jungen anspruchsvoll gemacht. Sie wollen immer erst wissen, ob eine Arbeit auch sicher notwendig sei, ob sich die verlangte Anstrengung lohne und ob diese Arbeit nicht etwa «degradiere». Man muss es sich Zeit kosten lassen, unsere Jungen erst einmal von der Notwendigkeit, von der Erspriesslichkeit und von der Würde der Anstrengung zu überzeugen. Aber das muss ich nun den heutigen Jungen auch zuguthalten: Wenn es gelungen ist, sie zu überzeugen, dann dürfte man nicht mehr behaupten, dass unsere heutigen Jungen nicht auch begeisterungsfähig seien, dass sie keinen Ernst mehr aufbrächten für ihren Beruf, dass

nicht auch solche unter ihnen seien, die zäh und ausdauernd sein könnten. (Diese letztere Sorte scheint zu allen Zeiten rar gewesen zu sein!)

Auch das ist wahr: Sie geben viel zuviel Zeit und Interesse an oberflächliche Zerstreuungen, die nicht nur nichts beitragen zur Entwicklung ihrer guten Veranlagungen, sondern dieser Charakterbildung eher noch abträglich sind. (Aber: Haben sie diese Zerstreuungsgelegenheiten geschaffen?) — Das ist leider zuzugestehen: Wo eine oberflächliche Veranlagung vorherrscht, wird sie durch diese mannigfaltigen Vergnügungsgelegenheiten geradezu gefördert und zum Wuchern gebracht; aber wer genau auf unsere Jungen schaut, der entdeckt — vielleicht zu seinem Erstaunen, vielleicht zu seinem Schrecken — dass viele unserer Jungen doch nur in dieser Oberflächlichkeit verweilen, weil sie nichts Besseres kennen — und dass es sogar solche gibt, die dabei sehr unbefriedigt sind.

Aber wenn weder Elternhaus noch Schule noch Kirche — z. T. bedingt durch die mannigfachen Schwierigkeiten und Belastungen, die der Krieg mit sich brachte — nicht Zeit und Herzensmusse fanden, die Veranlagung zum bewussten, denkenden, schauenden Leben, die in jedem Menschen mehr oder weniger reich vorhanden ist, zu wecken und zu beeinflussen — wie dürfen wir dann unseren Jungen diese «Oberflächlichkeit», diese verkehrte Einstellung zum Beruf und zum Leben überhaupt zum Vorwurf machen? Ist es dann nicht auch an der Berufsschule — und sollten die Vorgesetzten nicht mithelfen — erst einmal etwas von dem Nicht-oberflächlichen (!) in den jungen Menschen zum Aufkeimen zu bringen? —

Ich will damit keine «Weisheiten verkünden», und Sie brauchen meine Darlegungen nicht als gegebene Tatsachen hinzunehmen; ich möchte nur einen Beitrag zum Nachdenken leisten. Sehen Sie, liebe Ehemalige, für mich ist das wahr: Schwierigkeiten dürfen nicht einfach bejammert, bespöttelt oder resigniert akzeptiert werden, sondern sie müssen überwunden werden. Aber überwinden kann man nur mit Nachdenken, d. h. wir ziehen unsere Gefühle und Empfindungen ab von den widerlichen Tatsachen und durchdringen diese Tatsachen immer wieder mit unserm Denken: wir schauen, wir beobachten, wir vergleichen, und dann bekommen wir immer mehr klare Sicht, schliesslich Uebersicht, und dann reift ein Entschluss, und dann kann überwunden werden — restlos.

Eure Meinungen interessieren mich (selbst wenn's Kommafehler drin hat!). Ich hoffe, dass es Euch «sonst» gut geht und grüsse Euch herzlich Liny Eckert

BERICHTIGUNG

Kurs für Revisoren und Vorstandsmitglieder des Kreises VIII

am Samstag, dem 14. August 1948, in St. Gallen

In der Berichterstattung über diese Tagung hat sich bedauerlicherweise eine, dem Sinne der Ausführungen nach abweichende Auslegung ergeben, indem durch die gekürzte, zusammengefasste Wiedergabe zwei verschiedener Punkte des Referates zusammengefasst zum Ausdruck gebracht wurden.

Der bezügliche Text lautete: «Der Referent warnte vor der Ertei-

lung zu grosser Kompetenzen an die Verwalter.»

Die Berichterstattung ist in der Hinsicht zu präzisieren, dass der Referent vor unvernünftigen Investitionen in Anlagewerten warnte. Besonders in letzter Zeit seien oft Bauprojekte grössten Ausmasses für

den Verein zu einer drückenden Last geworden.

Die bezüglichen Ausführungen schlossen mit dem Hinweis, dass es Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes der Verwaltung sei, bei Bauvorhaben von besonderer Tragweite, von welcher Seite sie auch vorgeschlagen werden mögen, sich selbst über die finanzielle Tragbarkeit und die Wirtschaftlichkeit des Objekts Rechenschaft zu gehen und nicht einfach solchen Projekten zuzustimmen.

Der Referent.

Bibliographie

«Tapfer und unentwegt». Die Lebensgeschichte der Beatrice Webb. Von Margaret Cole. Ins Deutsche übertragen von Anni Frischknecht. 316 S. Büchergilde Gutenberg, Zürich, 1947.

Fünfundachtzig Jahre bedeuten nicht nur ein langes Menschenleben, sondern auch ein wichtiges Kapitel aus der Weltgeschichte, besonders wenn in diesen achteinhalb Jahrzehnten solche umfassende, der Welt ein ganz neues Gesicht gebende Aenderungen vorkommen wie in der Periode von 1858 bis 1943, als die weltberühmte Heldin dieser Lebensgeschichte, Beatrice Webb-Potter, lebte.

Die Lebensgeschichte der Beatrice Webb, die immer «tapfer und unentwegt» ihren Weg beschritt und für die Arbeiterbewegung, für den Sozialismus und auch für die genossenschaftlichen Gedanken kämpfte, ist die Darstellung eines in Taten und in Erfolgen reichen Lebens. Die Verfasserin gibt in ihrem Buch auch einen umfassenden

Ueberblick.

Beatrice Webb lebte im Hochwirbel der jüngsten historischen Zeiten. Die unterdrückten, armen Arbeiter, der grösste Teil der Menschen, kämpsten schon erbittert gegen die Gewalt des Kapitalismus, als Beatrice am 2. Februar 1858 im Hause des reichen englischen Geschäftsmannes Richard Potter geboren wurde. Sie war der «Einzelgänger» dieser wohlhabenden Familie. Die anderen acht Potter-Töchter verheirateten sich mit berühmten britischen Politikern, Geschäftsmännern und anderen hochwürdigen Leuten — nur Beatrice interessierte sich für die sozialen und Arbeiterfragen; sie widmete ihr ganzes Leben dem Sozialismus. Diese Bindung wurde durch ihre im Jahre 1892 erfolgte Heirat mit dem achtzehn Monate jüngeren Sozialisten Sidney Webb noch verstärkt. Mit ihm lebte sie mehr als 50 Jahre in einer sehr glücklichen Ehe. (Sidney Webb wurde bald nach dem Tode seiner Gattin zum Lord ernannt und hiess dann Lord Passfield.)

Obwohl die Lebensgeschichte der Beatrice Webb, deren soziale Werke in alle Kultursprachen übersetzt wurden, aus ihrer Selbstbiographie («Meine Lehrzeit») wohl bekannt ist, hat es doch einen besonderen Wert, die Studie von Margaret Cole, die in einer anderen Beleuchtung die Tätigkeit dieser grossen Frau darstellt, zu lesen.

Beatrice Webb marschierte als begeisterte, junge Sozialistin mit den blassen, erschöpften Arbeitern in Streikzügen. Sie verbrachte ihre Wochenende in den traurigen Wohnbütten der armen Bergarbeiterfamilien, verfasste mit ihrem Gatten unzählige sozialistische Schriften und Bücher, machte oft Weltreisen, um andere Länder und Völker kennen zu lernen, und sah endlich den grössten Sieg: die Labour Party am Steuer des britischen Weltreiches.

Ihr Leben, das u.a. eine besondere Würdigung durch die Verleihung des Ehrendoktors durch die Universität Manchester erhielt, stand nicht zuletzt im Banne bedeutsamer historischer Ereignisse. In diesen Kapiteln kommen alle Berühmtheiten des letzten Jahrhunderts ovr. In ihrer Jugend begegnen wir Herhert Spencer, John Stuart Mill, Karl Marx und anderen aus dem neunzehnten Jahrhundert. Und auf den letzten Seiten erscheinen die Hauntpersonen der Gegenwart: der schwarze Schatten des Verfassers von «Mein Kampf», Nehru aus Indien, der englische Faschist Sir Oswald Mosley, sogar General Paulus, bekannt seit der Kapitulation vor Stalingrad.

Beatrice Webb kämpste für die soziale Wahrheit, für einen gerechten Weltsrieden in den blutigen Wellen von zwei Weltkriegen, sür alle armen Leute des grossen Weltalls in einer Epoche der Hartherzig-

keit und für die genossenschaftlichen Ideen.

Die Genossenschafter werden mit besonderem Interesse dieses Buch lesen und durchblättern. Dr. V.



Schweizer Wanderkalender 1949, herausgegeben vom Verlag Schweizerischer Bund für Jugendherbergen. Preis Fr. 2.—. Titelblatt und farbige Zeichnungen von Bauernhäusern auf Halbkarton als Postkarten von Fritz Krumenacher; Zeichnungen von Robert Zuberbühler sowie viele prächtige Photos.

* Die Rückseiten der Kalenderblätter weisen uns auf den Zeichnungs-, Photo- und heimatkundlichen Wettbewerb hin. Wir finden auch kurze Beschreibungen von Wandererlebnissen und zarte Gedichte sowie Wanderratschläge und Zeichnungen aus dem letztjährigen Zeichnungswettbewerb.

Traditionsgemäss wird der Reinerlös aus dem Wanderkalenderverkauf für den weiteren Ausbau des Jugendherbergenwerks verwendet werden, was einen wertvollen Beitrag zur Förderung sinnvoller Freizeitgestaltung darstellt.

Menschenkenntnis und Menschenbehandlung. Der Mitmensch als Helfer. Von Oskar Hanselmann. Bildungsverlag Gropengiesser. Broschiert Fr. 3.—.

* Hanselmann gibt uns mit dieser Schrift einen Leitfaden, der aufzeigt, wie wir unsere Mitmenschen erkennen können und wie wir die Kunst der erfolgreichen Menschenbehandlung erwerben.

Sammlung für Turbach

Es wurde der Palenschaft Co-op mitgeteilt, dass einige Konsumgenossenschaften erst in den Monaten Oktober und November Vorstandssitzungen haben, an welchen die Beschlüsse über eventuelle Spenden für Turbach gefasst werden können. Wir möchten aus diesem Grunde die Sammlung — im Gegensatz zu unserer Mitteilung in Nr. 39 — noch nicht abschliessen, sondern diese bis Ende November 1948 weiterführen. Es wird so noch vielen Genossenschaften möglich sein, Beschlüsse über Spenden für Turbach zu fassen.

Im Anschluss an unsere letzte Spender-Liste möchten wir berichtigend erwähnen, dass die Konsumgenossenschaft Zweisimmen Fr. 800.— und der Konsumverein Uetendorf Fr. 100.— zugunsten der Genossenschaft Turbach überwiesen haben.

Einladung zur ordentlichen Herbst-Kreiskonferenz

auf Sonntag, den 10. Oktober 1948, vormittags 10.15 Uhr im Hotel «Bären» in Ins.

TRAKTANDEN:

- Protokoll der Frühjahrskonferenz vom 25. April 1948 in Spiez.
- 2. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
- Beschlussfassung betr. Weiterführung der Propaganda-Inserate.
- Die Finanzierung der Konsumgenossenschaften.» Referent: Herr Nationalrat Dr. Max Weber, Präsident der Direktion des V. S. K.
- Bestimmung des Ortes für die ordentliche Frühjahrskonferenz 1949.
- 6. Allfälliges.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein:

Für den Kreisvorstand III a. Der Präsident: H. Althaus Der Sekretär: J. Rich

P. S. Dank eines besondern Entgegenkommens der B. L. S. ist der Anschluss vom Schnellzug von Olten (Bern an 9.23), sofern er nicht mehr als 10 Minuten Verspätung hat, an den Neuenburger Eilzug (Bern ab 9.22) möglich. Ein rasches Umsteigen ist demnach erforderlich.

KREIS IV (Kantone Solothurn, Basel-Stadt und Baselland)

Einladung zur Herbstkonferenz

auf Sonntag, den 10. Oktober 1948, nach Grenchen

9.30 Uhr Besichtigung der Jubiläumsausstellung und des neuen Lagerhauses der Allg. Konsumgenossenschaft Grenchen, Sammlung beim neuen Lagerhaus.

14 Uhr Kreiskonferenz im Hotel Bellevue in Grenchen.

TRAKTANDEN:

- 1. Appell.
- 2. Mitteilungen und Gedanken zu einer Statistik.
- 3. Von der Direktion des V. S. K. vorgeschriebener Verhandlungsgegenstand:
 Fragen der Finanzierung der Genossenschaften.
 Referent: Herr Nationalrat Dr. Max Weber. Präsident der Direktion des V. S. K.
- 4. Allfälliges.

Anmeldungen zum Mittagessen sind bis Freitag, den 8. Oktober 1948, an die Verwaltung der Allg. Konsumgenossenschaft Grenchen zu richten.

Diese Zweiteilung der Veranstaltung musste vorgenommen werden, um Herrn Dr. Weber zu ermöglichen an der Kreiskonferenz zu sprechen, da er vormittags an der Konferenz des Kreises III a in Ins teilnehmen muss.

Namens des Kreisvorstandes IV

Der Präsident: F. Schneider Der Aktuar: A. Schädeli

Einladung zur Herbst-Kreiskonferenz

Sonntag, den 17. Oktober 1948, vormittags 9 Uhr, im Hotel «Bahnhof» in Brugg.

TRAKTANDEN!

- 1. Protokoll.
- 2. Appell, Wahl der Stimmenzähler.
- 3. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
- 4. Traktandum des V. S. K.: «Die Finanzierung der Genossenschaften.» Referent: Herr Direktor O. Zellweger.
- 5. Referat von Herrn Regierungsrat Dr. R. Siegrist. Aarau: «Die Bedeutung der Genossenschaften im Staat.»
- 6. Wahl des nächsten Konferenzortes.
- 7. Verschiedenes und Umfrage.

Gemeinsames Mittagessen nach der Konferenz am Versammlungsort (Fr. 4.50 exkl. Service).

Wir erwarten, dass alle Vereine des Kreises V an der Herbsttagung vertreten sein werden.

Namens des Kreisverbandes V:

Der Präsident: A. Graf Der Aktuar: A. Herrmann

KREIS VI (Urkantone, Luzern und Zug)

Einladung zur Herbst-Kreiskonferenz

auf Sonntag, den 17. Oktober 1948, vormittags 10.15 Uhr. im Hotel Klostergarten in Einsiedeln.

Traktanden:

- 1. Appel, Wahl der Stimmenzähler.
- 2. Protokoll der Frühjahrskonferenz in Baar.
- 3. Mitteilungen der Kreisvorstandes.
- Wahl eines Nachfolgers in den Kreisvorstand, anstelle des verstorbenen Vizepräsidenten Herrn Emil Ochsner.
- Geschäfte des Verbandes: «Finanzierung der Genossenschaften.» Referent: Dr. L. Müller.
- 6. Wintertätigkeit.
- 7. Bestimmung des nächsten Konferenzortes.
- 8. Allgemeines.

Der Kreisvorstand erwartet unbedingt vollzählige Beteiligung der Kreisvereine und entbictet genossenschaftlichen Gruss.

Namens des Kreisvorstandes VI des V.S.K.,

Der Präsident: P. Leutenegger Der Aktuar: J. Renggli

Versammlungskalender

3. Oktober 1948

Kreis VIII: Herbstkonferenz, Beginn vormittags 9.30 Uhr, im Hotel Schönhalde in Ermatingen.

Einladung zur Herbstkonferenz

auf Sonntag, den 17. Oktober 1948, vormittags 9.30 Uhr, im «Schützenhaus» in Lachen a. S.

TRAKTANDEN:

- 1. Appell und Wahl der Stimmenzähler.
- 2. Wahlen:
 - a) des Kreisvorstandes;
 - b) der Revisoren.
- 3. «Die Finanzierung der Konsumgenossenschaften.»
- 4. Mitteilungen und Umfrage.

Der Vorstand erwartet zahlreichen Besuch der Herbsttagung.

Namens des Kreisvorstandes IXa, Der Präsident: Rud. Störi Der Akuar: i. V. H. Sturzenegger

KREIS IX b (Kanton Graubünden)

Einladung zur Herbst-Kreiskonferenz

Samstag, den 9. Oktober 1948, 20 Uhr, im Hotel «Suisse» in Poschiavo.

TRAKTANDEN:

- Protokoll der Kreiskonferenz vom 25. April 1948 in Landquart.
- 2. Mitteilungen des Kreisvorstandes.
- «Die Finanzierung der Genossenschaften.» Referent:
 O. Zellweger, Vizepräsident der V. D.
- 4. Bestimmung des Ortes für die Frühjahrskonferenz 1949.
- 5. Umfrage.

Gemeinschaftliches Nachtessen: Samstag, den 9. Oktober 1948.

18.30 Uhr im Hotel «Suisse». Anmeldungen für das Nachtessen sowie Logis-Bestellungen sind bis 7. Oktober 1948 an den Konsumverein Poschiavo zu richten. Der Sonntag steht den Delegierten zu Ausflügen in der Umgebung oder im benachbarten Veltlin zur Verfügung.

Wir erwarten zahlreiche Beteiligung und entbieten genossenschaftlichen Gruss.

Namens des Kreisvorstandes IXb.

Der Präsident: G. Schwarz

Der Aktuar: R. Hunziker

Arbeitsgemeinschaft aarg. Konsumgenossenschaften

Einladung zu einer Konferenz

Sonntag, den 17. Oktober 1948, ca. 14 Uhr, im Hotel zum Bahnhof, in Brugg.

Wir laden sämtliche Verwalter der aargauischen Konsumgenossenschaften, im Anschluss an die Kreiskonierenz. zur Besprechung folgender Traktanden ein:

- Beschlussfassung über den Umfang der weitern gemeinsamen Verkaufswerbung.
- 2. Verschiedenes.

Mit genossenschaftlichem Gruss.

Für die Arbeitsgemeinschaft aargauischer Konsumgenossenschaften:

F. Bolliger.

Einladung zur ordentlichen Herbstversammlung

auf Dienstag, den 5. Oktober 1948, 10.15 Uhr, im Restaurant Volkshaus in Grenchen (Kt. Solothurn).

TRAKTANDEN:

- 1. Begrüssung, Mitteilungen.
- 2. Mutationen.
- «Wirtschafts- und preispolitischer Ueberblick».
 Referenten: Hrn. Dr. M. Weber und H. Rudin von der Direktion des V. S. K.
- Orientierung über den Internat. Genossenschaftskongress in Prag.
 Referent: Hr. Ch.-H. Barbier, Direktor des V. S. K.
- 5. Verschiedenes.

13.00 Uhr Gemeinsames Mittagessen im Rest. Volkshaus.

14.30 Uhr Besichtigung der Jubiläumsausstellung der AKG Grenchen.

Unsere Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass der Schnellzug (Zürich ab 8.11. Solothurn an 9.44) in Grenchen-Süd anhält. Um einen pünktlichen Versammlungsbeginn zu sichern, stehen am Bahnhof Grenchen-Süd Autocars zur freien Benützung zur Verfügung.

Wir erwarten einen zahlreichen Besuch der Herbstversammlung

Für den Vorstand des Vereins schweiz. Konsumverwalter,

Der Präsident: Max Sax Der Aktuar: E. Horlacher

Verbandsdirektion

Im Einverständnis mit den Kreisvorständen hat die Direktion des V.S.K. die Herbstkreiskonferenzen des V.S.K. pro 1948 iestgesetzt und die Vertretung der Direktion wie folgt bestellt:

į	Kreis	Datum	Versammlungsort	Delegierter der Verbandsdirektion
	I II IIIa IIIb IV V VI VII VIII IXa	10. Oktober 17. Oktober 10. Oktober 28. Oktober 10. Oktober 17. Oktober 17. Oktober 10. Oktober	Genf St-Ursanne Ins Salgesch Grenchen Brugg Einsiedeln Schaffhausen Ermatingen Lachen a. S.	ChH. Barbier ChH. Barbier Dr. M. Weber Dr. L. Müller Dr. M. Weber O. Zellweger Dr. L. Müller H. Rudin Dr. M. Weber H. Rudin
	IXb X	9. Oktober 10. Oktober	Poschiavo Agno	O. Zellweger H. Rudin

Wir wiederholen, dass als Traktandum des V.S.K. für diese Versammlungen vorzumerken ist:

«Die Finanzierung der Konsumgenossenschaften.»

Die Kreisvorstände werden gebeten, die Einladungen mit Traktandenliste möglichst bald festzusetzen und der Direktion zur Publikation einzusenden.

3. Wochenendkurs der bernischen Genossenschaftsjugend und der benachbarten Jugendgruppen

Samstag/Sonntag, 9./10. Oktober 1948, im Sitzungszimmer des Consumvereins Olten, Aarauerstrasse 10, II. Stock.

Das arbeitsreiche Programm des Wochenendkurses sieht für den Samstagabend einen Bericht vom internationalen genossenschaftlichen Jugendtreifen in Prag. 22./25. September 1948. von Othmar Haller, und ein Referat von Herrn E. Gehrig, über das Thema: «Wie begeistern wir die Jugend für die Genossenschaft?»

Am Sonntag erörtert unter anderem Othmar Haller «Psychologische Fragen der Gruppenführung, Organisation des Gruppenabends, Mitgliederwerbung», und Alfred Sardi spricht über «Die Aufgabe der genossenschaftlichen Jugendpresse».

Der Wochenendkurs schliesst mit einem gemeinsamen Bummel in die Umgebung von Olten

Die administrative Organisation des Kurses und die Entgegennahme der Anmeldungen besorgt bis 5. Oktober 1948 Louise von Rohr, Sekretärin BSGJ, Consumverein Olten.

Genossenschaftliches Seminar

(Stiftung von Bernhard Jaeoni)

Dem Genossenschaftlichen Seminar wurden überwiesen:

Fr. 100 .- von der Konsungenossenschaft Jona

> 100.— von der Société coop. de consommation «L'Avenir». Ste-Croix

75.— vom Personal der Société coop, de consommation «La Ménagère» Vevey, anlässlich seines Besuches im Freidori.

Diese Vergabungen werden hiermit bestens verdankt.

Anmeldung für die Moderne Verkäuferinnenschule

Kurse mit hauswirtschaftlichem Unterricht zur Heranbildung von Verkäuferinnen: vom 1. Mai 1949 bis 30. April 1951.

Der Unterricht in diesen Kursen erstreckt sich auf die theoretische und praktische Ausbildung auf dem Gebiete der Verkaufskunde und der Hauswirtschaft sowie auf allgemein bildende Fächer, und zwar: Verkaufskunde, Warenkunde, Buchhaltung, Rechnen, deutsche Sprache, französische Sprache. Dekorationslehre, Genossenschaftskunde, Erziehungslehre. Rechtskunde, Staats- und Wirtschaftskunde, Gesundheitslehre und Krankenpflege, Gesang. Hauswirtschaft: Kochen, Service, Reinigung, Waschen, Glätten, Gartenbau usw. Sowohl der theoretische als auch der praktische Unterricht findet im Freidorf bei Basel statt, woselbst Schulzimmer, Verkaufslokal, Küche und Schlafzimmer zur Verfügung stehen.

Aufnahmebedingungen:

a) Alter: vor dem 1. Mai 1946 zurückgelegtes 17. Altersjahr.

- b) Vorhildung: Vorzügliche Sekundar-, Bezirks- oder Realschulbildung, Beherrschung der Muttersprache in Wort und Schrift; für Deutschschweizerinnen Aufenthalt in der französischen Schweiz zur Erlangung guter Kenntnisse in der französischen Sprache; für Bewerberinnen aus der Westschweiz oder aus dem Tessin sind gute Kenntnisse der deutschen Sprache unter allen Umständen erforderlich;
- c) Bestehen der Aufnahmeprüfung;
- d) Einwandfreies ärztliches Zeugnis (erst nach Bestehen der Aufnahmeprüfung einzureichen).

Für die zweijährige Lehrzeit am Genossenschaftlichen Seminar haben die Lehrtöchter kein Kursgeld zu bezahlen. Auch werden ihnen sämtliche Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Hingegen haben die Lehrtöchter an die Kosten für Verpflegung und Unterkunft einen kleinen Beitrag zu leisten, und zwar Fr. 1.— pro Tag, also monatlich Fr. 30.—.

Interessentinnen sind gebeten, sich bis spätestens Ende November 1948 bei der Leitung des Genossenschaftlichen Seminars Freidorf, Postfach Basel 2, anzumelden und ihrer selbstgeschriebenen Bewerbung ihr letztes Schulzeugnis sowie eine Photographie beizulegen. Die Aufnahmeprüfung findet voraussichtlich anfangs Januar 1949 statt.

Arbeitsmarkt

Angebot

Strebsamer, williger, gewissenhafter 33jähriger Mann, verheiratet, sucht Stelle in Magazin und Spedition einer Konsumgenossenschaft oder in Konsumbäckerei, da Konditor-Bäcker von Beruf. Offerten unter Chiffre St. R. 151 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Langjähriger, gutausgewiesener Genossenschaftsangestellter in leitender Stelle, Ende der 30er Jahre, versiert im Ein- und Verkauf, Magazin- und Speditionsdienst, wünscht sich zu verändern. Wenn möglich als Filialleiter in grösseres Lebensmitteldepot oder als Ladenkontrolleur, evtl. Magazinchef. Zeugniskopien und Referenzen zur Verfügung. Offerten sind erbeten unter Chiffre A. C. 168 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Tüchtige, langjährige Filialleiterin der Lebensmittel-, Mercerie- und Geschirrwarenbranche, selbständig, gesetzten Alters, sucht interessanten Posten in entwicklungsfähiger Genossenschaft auf 1. Januar 1949 oder später. Kleine, komfortable Wohnung müsste vorhanden sein. Offerten erbeten unter Chiffre M. J. 166 an die Redaktionskanzlei V. S. K., Basel 2.

Nachfrage

Tüchtige Verkäuferin in Filiale (Umsatz zirka Fr. 100 000.—) gesucht. Branchenkenntnisse in Schuhen, Lebensmitteln und Manufakturwaren. Schöner Lohn und geregelter wöchentlicher Freihalbtag. Eintritt nach Uebereinkunft. Offerten mit Zeugniskopien und Photo sind sofort an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Laupersdorf (Sol.) zu richten.

Wir suchen per sofort oder nach Uebereinkunft junge, tüchtige Verkäuferin für Lebensmittel. Kenntnisse in Manufakturwaren und Haushaltungsartikel erwünscht. Anstellungsbedingungen gemäss VHTL-Vertrag. Offerten mit Photo sind zu richten an den Konsumverein Ehnat-Kappel.

INHALT: Selle 557 Die genossenschaftliche Pressekonferenz in Prag . . . 558 Bewegter Frauenkongress 6 Millionen Franken aus der Verdienstersatzordnung für das 560 Gewerbe r Reines Weiss mit CO-OP Waschpulver 561 562 Die von oben herab dirigierte «Genossenschaft» . . . 563 563 564 564 Die Konsumgenossenschaften in der Sowjetzone 565 Auf Du und Du mit Ihren Waren! 566 Reklamationen im Laden . 566 566 Entstehung der schwarzen Flecken in den galvanischen Artikeln 567 Die Mitarbeiter zweckentsprechend einführen 567 Neue Erfahrungen im amerikanischen Fleischverkauf . 568 Die Seite der Ehemaligen . . . Berichtigung: Kurs für Revisoren und Vorstandsmitglieder des Kreises VIII Bibliographie Sammlung für Turbach 569 570 569 Kreis IIIa: Einladung zur ordentlichen Herbst-Kreiskonferenz. 570 570 Kreis IV: Einladung zur Herbstkonserenz 570 Kreis V: Einladung zur Herbst-Kreiskonserenz. 570 Kreis VI: Einladung zur Herbst-Kreiskonserenz. 571 571 Arbeitsgemeinschaft aurg. Konsumgenossenschaften: Verein schweiz, Konsumverwalter: 571 Einladung zur ordentlichen Herbstversammlung . 571 Verbandsdirektion . 572 Bernische Genossenschastsjugend: 3. Wochenendkurs der bernischen Genossenschaftsjugend und der benachbarten Jugend-572 572